

Die NSDAP in Ulm vor 1933	2
Material 1: Aus dem Ulmer Winkel vom 30. Dezember 1937. Mitteilungen des historischen Vereins Neu-Ulm. Beilage zum Neu-Ulmer Anzeiger (Stadtbibliothek Ulm, AVZ 220).	3
Material 2: Kampftruf vom 5. September 1924.	5
Material 3: Presseberichte über Veranstaltungen der NSDAP.....	6
Material 4: Ulmer Sturm vom 16. April 1932 (StA Ulm, G 5/62 vom 16. April 1932).	7
Material 5: Ortsgruppen der NSDAP in Ulm (StA Ulm, B 123/1321 Nr. 4).	8
Material 6: Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 28. Dezember 1922 (StA Ulm, B 005/5 Nr. 261).	9
Material 7: Schwäbische Tagwacht vom 16. März 1923 (StA Ulm, B 123/1321 Nr. 1).	12
Material 8: Donauwacht vom 24. August 1931: Nazi-Terror (StA Ulm, G 5/53).....	13
Material 9: Politische Demonstration Ulmer Oberrealschüler.	15
Material 10: Nazihorden machen die Straßen unsicher. Donauwacht vom 13. Juli 1932 (StA Ulm, G 5 /53).....	16
Der Gleichschaltungsprozess	17
Material 1: Hissung von Hakenkreuzflaggen am Ulmer Rathaus am 7. März 1933	19
Material 2: Gemeinderatsprotokoll vom 13. März 1933 mit dem Antrag der NSDAP-Fraktion zur Auflösung des Gemeinderats (StA Ulm B 005/5 Nr. 284).....	20
Material 3: Transkription der anonymen Anzeige an den Untersuchungsausschuss über Oberrechnungsrat Hieber (StA Ulm, B 008/2 Nr. 1).....	27
Material 4: Protokoll des Untersuchungsausschusses zu Oberrechnungsrat Heinrich Meyer vom Personalamt (StA Ulm, B 008/2 Nr. 1).	31
Material 5: Schreiben des Staatskommissars Foerster vom 9. Mai 1933 (StA Ulm, B 005/2 Nr. 8).	33
Material 6: Mandatsverzicht der sozialdemokratischen Gemeinderäte. Abschrift nach handschriftlichem Original (StA Ulm, B 005/2 Nr. 8).	34
Material 7: Feierliche Einführung des gleichgeschalteten Gemeinderats am 15. Mai 1933 vor dem Haupteingang des Ulmer Rathauses	35
Material 8: Einmarsch ins Stadion zur Amtseinführung von Foerster als Oberbürgermeister am Schwörmontag (14. August) 1933 (StA Ulm, Ulmer Tagblatt, G 5/52).	36
Material 9: Jungvolk	37

Die NSDAP in Ulm vor 1933

Schon im April 1921 fragte ein gewisser A. Straub bei der Parteizentrale in München wegen der Gründung einer Ortsgruppe in Ulm an. Es dauerte dann allerdings bis zum 6. 11. 1922, ehe die gemeinsame Ortsgruppe Ulm/ Neu-Ulm entstand. Bereits 1923 wird auch eine erste SA-Gruppe ins Leben gerufen. Nach der Neugründung der Partei im Jahre 1926, die wegen des Parteiverbots im Zusammenhang mit dem Hitler – Ludendorff – Putsch vom November 1923 notwendig wurde – übernahm Wilhelm Dreher die Leitung. Dreher, der 1918 am Kieler Matrosenaufstand teilgenommen hatte und bis 1923 noch der SPD angehörte, sorgte dafür, dass auf lokaler Ebene dank seiner Beziehungen zur höchsten Parteiprominenz (er war mit Hitler persönlich bekannt, der mehrmals bei Veranstaltungen in Ulm als Hauptredner auftrat) und dank unablässiger Agitation in Form von Aufmärschen, Veranstaltungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen die Präsenz der Partei gefestigt wurde. Die Reaktion auf das gewaltsame Auftreten der NSDAP und der SA in Ulm reichten – wie die nachfolgenden Quellen zur Ulmer Situation belegen – von beifälliger Zustimmung über wegsehendes Ignorieren (Ulmer Schutzpolizei etwa) bis hin zum gewaltsamen und durchaus stolzen Zurückschlagen (Mitglieder der linken Parteien).

Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 kam die NSDAP auf Anhieb auf knapp 5 % der Stimmen, bei den folgenden beiden Wahlen blieb sie dann mit unter 4 % bedeutungslos, seit 1930 war sie stärkste Partei in Ulm. Im Dunstkreis ehemaliger Frontsoldaten bildeten sich ab 1919 viele Ableger von republikfeindlichen Reichsorganisationen (vgl. 3.3.) in Ulm, die mehr oder weniger offen mit der NSDAP sympathisierten.

1931 zählte die Ulmer Ortsgruppe ungefähr 1000 Mitglieder. Sie legte sich mit dem „Ulmer Sturm“ ein eigenes Kampfblatt zu, dessen erster Herausgeber Wilhelm Dreher war. Im Zuge einer allgemeinen Parteiumstrukturierung erfolgte 1932 die Abtrennung der Neu-Ulmer Ortsgruppe. Die Partei organisierte sich nun nach Kreisen. Dem Kreisleiter von Ulm, Eugen Maier, unterstanden die Stadt- und Landortsgruppen.

Material 1: Aus dem Ulmer Winkel vom 30. Dezember 1937. Mitteilungen des historischen Vereins Neu-Ulm. Beilage zum Neu-Ulmer Anzeiger (Stadtbibliothek Ulm, AVZ 220).

Aus dem Ulmer Winkel

Mitteilungen des Historischen Vereins Neu-Ulm



Beilage zum Neu-Ulmer Anzeiger

Schriftleiter: Arthur Benz, Neu-Ulm
Druck und Verlag der S. W. Heib'schen Buchdruckerei, Neu-Ulm

Nr. 12

Neu-Ulm, den 30. Dezember 1937

30. Jahrgang

15 Jahre NSDAP. in Neu-Ulm

Die 15jährige Gründungsfeier der NSDAP. Ortsgruppe Neu-Ulm, die am 27. November 1937 im Konzertsaal hier stattgefunden hatte, gibt uns Anlaß, einen Rückblick auf die Entstehung der Partei, ihre ersten Gehversuche und ihren Werdegang hier zu werfen, wenn auch für eine umfassende geschichtliche Schilderung die Unterlagen sehr mangelhaft sind. Teils sind diese überall zerstreut oder in brenzligen Zeiten vernichtet worden teils beruhen sie auf den Erinnerungen der wenigen alten Kämpfer, welche den ersten Zeiten der Ortsgruppe bis heute angehört und hier oder in Ulm geblieben sind.

Die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung beginnt mit dem Entschluß des Gefreiten Adolf Hitler, Politiker zu werden. Niemand vor Adolf Hitler war in unserem deutschen Sinne Nationalsozialist. Erst mit dem Bekenntnis zu ihm und zu seiner Idee konnte man Nationalsozialist werden und sein. Mit dieser unumstößlichen Feststellung ist allen völkischen, antisemitischen Bänden oder Vereinen, die schon in der Vorkriegszeit bestanden oder ins Leben gerufen wurden, kein Abbruch an ihrem geschichtlichen Verdienst um die völkische Idee getan.

Wenn Adolf Hitler damals als siebenter Mann einer bereits bestehenden Gruppe beitrug, so weiß Jeder, daß erst durch den Führer aus diesem ehrlichen, aber auch hilflosen Verein deutscher Männer, der sich „Deutsche Arbeiterpartei“ nannte, die große, sieghafte nationalsozialistische Bewegung heranwuchs. Und wie in allen Orten zu Anfang und später, so war es auch in Neu-Ulm, daß erst dann eine nationalsozialistische Ortsgruppe entstanden war, als Männer sich von solchen völkischen Gruppen losagten und mit anderen Nationalsozialisten sich zu Adolf Hitler bekamen, die unbeugsame, fanatische Kämpfer geworden waren. Bei einem Rückblick bis auf die Zeit, in der auch in Neu-Ulm erstmals Männer die Idee des Führers aufgriffen und versuchten, ihr Rückhalt im Volke zu geben, sieht aber felt, daß bei der Wertung aller Geschehnisse die unerlöschliche, niemals wankende gewordene Treue zu Adolf Hitler mehr wiegt, als die einmal kurz entflammte Begeisterung so Vieles und so Mancher, die nach dem 9. November 1923 und vor allem nach der Neugründung der Partei am 25. Februar 1925, als der Terror über die junge Bewegung hereinbrach, den wieder aufgenommenen Kampf Adolf Hitlers als „ausichtslose Sache“ bezeichneter.

Der 15jährige Gründungstag der NSDAP. in Neu-Ulm war ein Festtag der Alten Garde und aller alten Parteigenossen, an dem die Erinnerung an die schwere Not- und Kampfzeit mit all ihren Auswirkungen auf das persönliche Leben jedes Einzelnen überbelebte wurde von dem Gefühl, damals Recht getan und den

rechten Glauben gehabt zu haben, an dem aber auch die Liebe zu allen Volksgenossen aufricht, weil sie heute mit uns dem Führer dienen. Und wenn diese Erinnerung heute noch gepflegt wird, so soll sie den alten kampftrohen Klang haben.

Fast die einzigen „amtlichen Belege“ für eine Parteigeschichte sind die Polizeiakten. Mit welcher Behörde hatten es auch die braunen Revolutionäre mehr zu tun, als mit dieser, doch sei zu deren Ehre gesagt, daß sie in Neu-Ulm oft mehr als ein Auge zugebückt hat. Dort lesen wir unter dem 6. Nov. 22 eine Anfrage eines sozialdemokratischen Stadtratsmitglieds: „Was ist dem Stadtrat über die Tätigkeit der nationalsozialistischen Partei in Neu-Ulm bekannt, insbesondere ob Anhaltspunkte dafür bestehen, daß von dieser Partei Vorbereitungen im Sinne des Faschismus getroffen werden.“ Am 8. Nov. 22 geht folgendes Schreiben beim Stadtrat ein: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe Ulm — Neu-Ulm = Vereinswesen = Ihre Zuschrift v. 31. 10. 22. Gemäß § 3 des Vereinsgesetzes teile ich mit, daß die offizielle Gründung der Ortsgruppe am 6. 11. 22 erfolgt ist und zu Vorstandsmitgliedern gewählt wurden:

Vorsitzender: Schmid Josef, Maschinist, Ulm, Radgasse 37;
Rassenwart: Scheuer Hermann, Lagerarbeiter, Neu-Ulm, Donaustraße 7;
Schriftführer: Nürnberger Gustav, Verm.-Rand., Ulm, Hasenbad 11.

Die Sitzung kann noch nicht vorgelegt werden, da dieselbe erst von unserer Parteileitung in München angefordert werden muß; ich werde sie jedoch baldmöglichst übergeben.

gez. Gustav Nürnberger, Schriftführer.

Die erste öffentliche Versammlung der NSDAP. Ortsgruppe Ulm—Neu-Ulm fand am 28. Oktober 22 im „Schiff“ in Neu-Ulm statt. Redner war der Pg. Jäschke aus Stuttgart, der über das Thema sprach: „Warum wurde ich Nationalsozialist!“ Im gleichen Jahre noch bildete Kamerad Menzel eine Sturmabteilung. Jeden Montag fanden im gleichen Lokal Sprechabende statt. Es folgte nun Versammlung auf Versammlung mit allen möglichen Rednern und Themen. Im Stadtrat hagelte es Anfragen und Verdächtigungen über heimliche Bewaffnung. Der Terror der Marxisten zeigte sich in seiner brutalsten Form. Als bei einer Protestversammlung gegen den Ruheinsfall der Pg. Ostermann im Café Fromm eine wütende Angriffssrede gegen die Marxisten als die Schuldigen am Ruheinsfall gehalten hatte, wurden er und verschiedene Teilnehmer anschließend auf der Straße angepöbelt und mit Erschlagen bedroht, zum tätlichen Angriff fehlte dem Gefindel doch die Schneid. Im Frühjahr 1923 finden wir als Ortsgruppenleiter den Pg. Georg Willeter, gen. Holzmilller †, als seinen Stellvertreter Pg. Oster-

mann. Um diese Zeit wird von Pg. Langenmayer ein SA-Sturm ins Leben gerufen und von ihm geführt, ein Spielmannszug mit Trommel und Pfeifen unter Leitung von Pg. Hans Zahn aufgestellt und ein Halantkruzstempel beschafft. Wöchentlich wird einmal stromm exerciert und Waffenunterricht erteilt. Bald erhält die junge SA, bei Saalschlachten und Propagandaumzügen die Feuerräucher und die Gelegenheit, ihre Härte und ihre Schmeid unter Beweis zu stellen. Im übrigen werden in vielen Versammlungen die Volksgenossen über Ziele und Zwecke der Partei, sowie über die politische Lage aufgeklärt, die Zahl der Pg. und Anhänger wächst zusehends. Im Herbst des Jahres 1923 verdächtigten sich die Gerüchte über eine beabsichtigte Loslösung Bayerns vom Reich durch die Rahr-Regierung immer mehr und man fühlt, daß etwas in der Luft liegt. Im Oktober werden alle Pg. und SA-Männer zu unbedingter Treue gegen die Partei für alle kommenden Fälle auf Adolf Hitler vereidigt. Bei diesem Anlaß wird der junge SA-Mann Georg Schmid im „Münchner Hof“ von einem Kameraden aus Unvorsichtigkeit erschossen. Der erste Blutzug der jungen Ortsgruppe für den Führer und damit für das nationalsozialistische Deutschland.

Am 8. Nov. 23 steht die ganze Ortsgruppe alarmbereit, um auf Anruf sofort nach München abzurücken. Der 9. November 23 mit seinem tragischen Ausgang ist so in das Bewußtsein des Volkes übergegangen, daß es sich erübrigt, besonders diese unfeligen Stunden zu behandeln. Es folgte der Hitlerprozeß, die Verurteilung des Führers und seiner Mitkämpfer, die zu vielen Jahren Festungshaft verurteilt wurden. Der Führer lag gefangen in Landsberg, die Partei wurde verboten und aufgelöst, ihr Eigentum, soweit es zu fassen war, beschlagnahmt, das Ende einer politischen Bewegung, welche Deutschland aus Elend, Schmach und vor dem Untergang, vor dem bolschewistischen Chaos zu retten und ihm eine bessere Zukunft erträglich machen sollte, schien gekommen. Aber da hatte man in den Kreisen der Reaktion übersehen, daß man es mit Nationalsozialisten zu tun hatte, die im Krieg und im politischen Kampf um Deutschland hart geworden waren, denen Feindschaft und Verrat unbekannt Begriffe waren. An Stelle der verbotenen NSDAP wurde sofort der Völkische Block aufgezogen, eine andere Firmenbezeichnung, sonst hatte sich nichts geändert, ihre Anhänger waren höchstens noch fanatischer und verbissener geworden. Alle treugebliebenen Pg. und die gesamte SA, beteiligte sich 1924 am Deutschen Tag in Günsburg wie auch an der Einweihung des Schlageterdenkmals dort. Außer kleinen Zwischenfällen mit den staatlichen Organen kamen sie wieder heil heim. Bei diesen Feierlichkeiten trat auch erstmals die neue Sturmabteilung in Aktion, wenn sie auch auf Befehl des Günsburger Bezirksamtmanns in den Geden, in denen das Halantkruz angebracht war, mit Papier verhüllt werden mußte. Aber eingerollt wurde sie trotz polizeilicher Aufforderung nicht. Mit Versammlungen und Wahlvorbereitungen ging auch dieses führerlose Jahr über. Bei der damaligen Wahl zum Bayerischen Landtag ging die NSDAP, gen. Völkischer Block, zum Schreden von links und rechts und Zentrum mit 1200 Stimmen in Neu-Ulm als stärkste Partei hervor. Bei den Wahlen zum Stadtrat kamen erstmals drei Nationalsozialisten, die Pg. Langenmayer, Schuler jr. und Ostermann, ins Rathaus. Man schrieb 1925, der Führer war begnadigt, von Landsberg ins politische Leben zurückgeführt. Der Neuaufbau der NSDAP hatte begonnen. Durch die Spaltung in der Landtagsfraktion des Völkischen Blocks waren viele Anhänger und ehemalige Pg. unsicher und kopfschmerz geworden. Bei einem Aufruf mit dem in Aussicht gestellten Referat über die Neuorganisation der NSDAP, waren einmal 9, das anderemal gar nur 4 Pg. erschienen. Da in Württemberg die Partei immer noch verboten war, wurde mit den Ulmer Pg. in Verbindung getreten, um gemeinsam auf bayerischem Boden die NSDAP, wieder lebendig zu gestalten.

Am 8. August 1926 kamen im Nebenzimmer der Wirtschaft zum „Schiff“ etwa 25 Nationalsozialisten zusammen, um über die weitere Gestaltung der NSDAP, in Ulm und Neu-Ulm zu sprechen und neu dem Führer Adolf Hitler die Treue zu schwören. Es wurde die zweite Ortsgruppe Ulm-Neu-Ulm gegründet und Wilhelm Dreher zum Ortsgruppenleiter gewählt, Josef Ostermann als sein Stellvertreter. Nun ging es Schlag auf Schlag vorwärts und aufwärts. Bald war eine eigenes Parteigeschäftslokal zuerst unter primitivsten Verhältnissen in der Ulmer Neustadt, dann am Grünen Hof, später in den „Drei Linden“. An die Stelle der ersten nationalsozialistischen Kampfzeitung „Der Kampftruf“ trat der „Ulmer Sturm“. Versammlung folgte auf Versammlung, die führenden Männer der Partei sprachen nacheinander in den „Drei Linden“, dem „Weißen Hof“, dem „Greifen“, als diese Säle alle sich als zu klein erweisen, im Saalbau. Hier sei auch des Pg. Jakob Silber gedacht, der großzügig 500 RM, welche als Kautions für die Ueberlassung des Saalbaus hinterlegt werden mußten, zur Verfügung stellte, denn über Geldüberfluß war nie zu klagen. Nacheinander sprachen, verschiedene wiederholt, Dr. Goebbels, Dr. Frid, Mergenthaler, Schemm u. a. Im Konzertsaal in Neu-Ulm Wahl,

Ritter von Epp, Fiehler, Siebert u. a. Als bemerkenswert sei daran erinnert, daß Dr. Goebbels nach seiner ersten Versammlung bei dem Pg. Ostermann Quartier nahm. Daß die NSD. und SPD. mit ihrer Leibgarde, dem Reichsbanner, dieser für sie bedrohlichen Entwicklung der NSDAP, nicht ruhig zusehen, war vorauszu sehen. Doch brach deren Terror in verschiedenen Saalschlachten, von denen die blutigsten die in Blaubeuren und die im „Greifen“ waren, unter den Häupten, Stuhl- und Tischfüßen unseiner SA, bald derart zusammen, daß ihnen die Luft zu faullichem Vorgehen gründlich genommen war. Das größte und tiefste Erlebnis war, als am 18. November 1927 der Führer zum erstenmal im Saalbau sprach, jedem allen Kampfgenossen die Hand gab und durch die Augen ins Herz blickte. Eine herzliche Freude und Genugtuung war es auch für alle, als Kampfgesellen und Kamerad Wilhelm Dreher, dessen Geburtsheimat Ulm im Reichstag berufen wurde. So floßen die Jahre in steter Arbeit, in aufregendem Kampf, unter Hohn und Spott, dem Haß und der Verfolgung der Gegner dahin. Die Bewegung hatte Ausmaße angenommen und eine Organisation geschaffen, welche eine völlige Umgestaltung der Partei erforderlich machten. Im Jahre 1932 wurde auf Anordnung der Reichsleitung die Ortsgruppe Ulm-Neu-Ulm getrennt und beide selbständig gemacht. Zudem wurden aus den politischen Bezirken Kreise der NSDAP, gemacht und an ihre Spitze Kreisleiter gestellt. Der Kreis Ulm wurde dem bisherigen, um die Bewegung in Ulm hervorragend verdienten bisherigen Ortsgruppenleiter Eugen Wäler unterstellt, der Kreis Neu-Ulm dem Pg. Hermann Boch, der zuvor schon in zahlreichen Versammlungen die Ulmer SA und zum Teil den Bezirk Neu-Ulm für die Partei bearbeitet hatte. Für die Aufgaben, die einem Kreisleiter in einem Bezirk gestellt waren, der bisher von dem Geist der NSDAP, verdammt wenig in sich aufgenommen hatte und der Bewegung des Führers, wo nicht feindselig, so doch gleichgültig gegenüberstand, mußte eine jüngere Kraft eingekehrt werden. Die politische Betreuung der Pg. in Neu-Ulm übernahm als Ortsgruppenführer der Pg. Ostermann, der mit dieser Stadt und ihren Menschen seit Jahrzehnten verwahten war. Seit der Machtergreifung und der Uebernahme der Staatsführung durch den Führer hat sich die Ortsgruppe Neu-Ulm derart stark entwickelt, daß es notwendig geworden war, diese mit Wirkung vom 1. Januar 1937 in 3 Ortsgruppen und 2 Stützpunkte aufzulösen, nämlich Ortsgruppe Neu-Ulm Ost, Neu-Ulm Mitte, Neu-Ulm West, Stützpunkt Dornhausen und Ludwigsfeld. Pg. Ostermann, durch fast übermenschliche Arbeit körperlich krank geworden, trat aus diesem Grunde von seinem Amt als Ortsgruppenleiter zurück und die bewährten Parteigenossen Ulmann, Wintermayer, Raufsch, Rüh und Hägele wurden mit der Führung der Ortsgruppen bezw. Stützpunkte betraut. Pg. Ostermann übernahm das Amt eines Kreisrichters der NSDAP, Kreis Neu-Ulm-Krumbach.

Das gesamte deutsche Volk muß heute den alten Kämpfern, Männern wie Frauen, dankbar sein, die mithalfen, diesen mächtigen Umchwung herbeigeführt zu haben. Sie können heute mit Stolz auf ihre Arbeit zurückblicken, sie werden glücklich sein, daß die Opfer die sie gebracht haben, nicht umsonst waren, daß sie im großen Heer des Halantkruz bei den Sturmabteilungen treu und unbezweifelnd mitmarschiert, mitgekämpft und mitgelegt haben. Leider haben auch hier im Dienste der Bewegung vier alte Kämpfer ihr Leben geopfert, es sind dies die Kameraden Georg Schmid († 1923), wie bereits oben schon erwähnt, dann Heinrich Förg († 1930), Karl Boch († 1933) und Fritz Freyberger († 1934). Dieser Blutzug wird in diesen Blättern noch besonders gedacht werden.

Den kommenden Generationen werden diese Männer und Frauen als Vorbild hingestellt, dem nachzueifern ihre Lebensaufgabe sein soll. Solange in unserem Volk Menschen sind, die nicht im eigenen Vorteil den Sinn ihres Lebens erblicken, sondern für ihr Volk Opfer bringen, ja zu sterben bereit sind, wird Deutschland leben.

Beiträge zu einer Postgeschichte von Neu-Ulm

Von Karl Schwaiger, München.

(Fortsetzung.)

Der Ort Neu-Ulm war mit dieser Vereinbarung vom 1. Januar 1844 ab in den unmittelbaren Postverkehr eingereiht und damit an den großen Ost-West- und Nord-Süd-Verkehr angeschlossen. Dies bedeutete für die anässigen Beamten und Bewohner einen großen Fortschritt. Die Postfuhrwerke, die aus Ulm kamen oder von Bayern her nach Ulm wollten, durften nun nicht mehr am Hause Nr. 11 (heutiges Café Fromm), in dem die Briefsammlung untergebracht war, großbürtig vorüberfahren, sondern mußten anhalten, Reisende und Postsendungen aufnehmen oder abgeben, und die Beamten der Fahrpost muß-

Material 2: Kampftruf vom 5. September 1924.

Völkische Zeitschrift für Deutschlands Jugend und deren Freunde. Zeitschrift zur Hebung des deutschen Volksbewußtseins. Pflege der Freundschaft, Kameradschaft und Zusammengehörigkeit der ganzen deutschen Jugend (StA Ulm, G 5/55).

Öeffentliche Volksversammlung

Samstag, den 6. Sept. abends 8 Uhr im **Weissen Roß**, Saal, Kornhausplatz

Redner: **Professor Mergenthaler, Hall**

Thema: **Die Versklavung Deutschlands durch die Schuld der Deutschnationalen**

Freier Eintritt Keine Auslagen Ohne Restauration

Hiezu ladet alle Kreise ein:

Nationalsozialistische Freiheitspartei (Völkisch Sozialer Block)

Saalöffnung $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Sitzgelegenheit

Nur der direkte Bezug ab Fabrik bietet ihnen Vorteile und die Gewähr für eine erstklassige Lieferung

Jagdwaffen: wie Doppelflinten, Drillinge, Bockbüchsenflinten, Repetierbüchsen, Modell 98, in hübscher Ausführung mit Abzug zu 45.— Gm. Mit Stecher versehen zu 55.— bis 65.— Gm. je nach Ausführung. Dieselben liefern wir auch mit Zielfernrohr.

Scheibenwaffen: wie Scheibenbüchsen, Original Wehrmannbüchsen Mod. 98, Zimmerstutzen, Luftgewehre, Mauser-Teschings.

Verteidigungswaffen: wie automat. Pistolen Cal. 6,35, sowie Cal. 7,65. Cal. 6,35, Gew. 250 gr. in eleg. schwarzer Ausführung zu 25.— Gm.

Reparaturen aller Art, **Umänderungen**, **Neueinschossen** pp. werden schnellstens ausgeführt. Ansichtsendung steht zu Diensten. Zwei bis dreimal. Zahlung wird gest. Verl. Sie unsern Hauptkatalog u. Spezialofferte.

Gewehrfabriken Emil Kerner und Sohn, Suhl i. Thür.

Wer sich über die innerhalb der Landeskirche für deutsches Volkstum und deutsche Heimat kämpfende deutschkirchl. Bewegung unterrichten will lese:

Die Deutschkirche, vierteljährlicher Postbezug 1,— M.

Hauptpastor Anderfen, 2,— M.

Der Deutsche Heiland Dr. Meibler, 1,— M.

Deutsche Religion, (2. Auflage) 1,25 M.

Jahre oder Jesus? 1,50 M.

Das Mytenbuch, (2. Auflage) 1,50 M.

Das Heimatjahrbuch 2,50 M.

Deutscher Religionsunterricht

Heft 1: 0,60 M., Heft 2/3: 1,50 M.
Heft 4/6: 1,25 Mk.

Probeblätter der „Deutschkirche“ sowie einschlägiges Schrifttum versendet die Hauptgeschäftsstelle v. Bund für Deutsche Kirche in Berlin W. 15, Kaufmännische 225 (Maria Ullrich) Postfach: Berlin 139840.

JOS. HAMPP - ULM a. D.

Walfischgasse 5 / Fernsprecher 382

■

Unterkleidung

für Herren, Damen und Kinder

Strümpfe / Socken / Handschuhe

— SPORTWESTEN —

Wollene und baumwoll. Strickgarne

Hotel z. Gold. Löwen (Blanken)

ULM a. D.

Telefon 62 ULM a. D. Telefon 62

Neu renovierte Fremdenzimmer / Spezialität: Erstkl. Wiener Küche / Prima Biere aus der Gold-Ochsen-Brauerei Ulm / ff. Weine offen und in Flaschen

Inhaber: JOSEF SPITALER

❖ **Empfehlenswerte Geschäfte** ❖

Anton Ehrlich, Weinhandlung, Ulm a. D. Verkauf im Keller d. Schreinergerossenschaft auf dem Kornhausplatz. Prima Weine von 90 Pfg. an

Conrad Petruschke, Ulm a. D., Geschäftsräume Syrlinstraße 23 - Fernsprecher 1457 Handelsvertretungen erster Häuser in Feinkost

Emil Sauter, Ulm a. D., Büchseingasse 11 Lederbeutel, Aktenmappen, Hosenträger usw.

A. Strumpf, Versandhaus, Berlin NW 21 K
Abzeichen - Hakenkreuze - Orden

Oberländer und Braunschweiger

Wurstwaren

Grosse Auswahl Billigste Preise

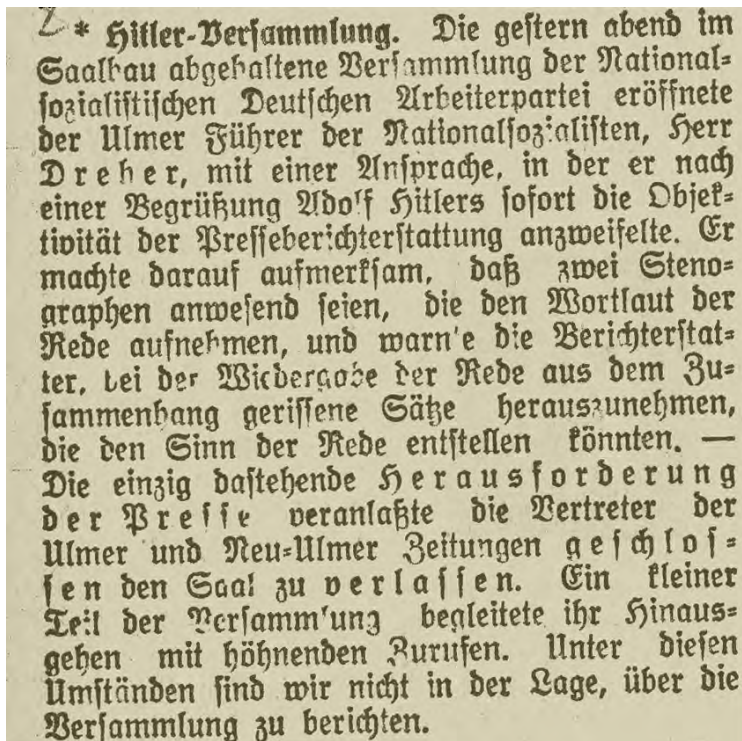
K. W. Müller - Ulm a. D.

am Judenhof — Telefon 1385 — Schulgasse 1

Material 3: Presseberichte über Veranstaltungen der NSDAP



Ankündigung einer Veranstaltung mit Hitler im Ulmer Tagblatt (StA Ulm, G 5/52 vom 16.11.1927).



Pressebericht im Ulmer Tagblatt über die Veranstaltung (StA Ulm, G 5/52 vom 19.11.1927).



Schlagt die Katastrophenspolitiker!

Volksgeoffen! Volksgeoffinnen!

In zwei gemachten Wahllochten hat die nationalsozialistische Bewegung wiederum herrliche Siege erlitten. Weit über 400000 Wähler Württembergs bekennen sich zum Nationalsozialismus und weichen damit ihrem Willen zur **Neugefaltung des Staates** unabweislich Ausdruck.

Zehn unterhöchster Antragsordnungen der letzten Wochen bricht die nationalsozialistische Bewegung bereits wieder in neuem Ansturm vor.

Ein liberaler Wandel hat abzuwarten. Gänzlich entspricht er nicht mehr dem Willen des schwäbischen Volkes. Wäre von einer einst angelehnten schwäbischen Demokratie mehr als nur noch der Name zurückgeblieben, dann hätte dieser Wandel nach den Zweiergebnis der Demokratie bereits nach den Septemberwahlen 1930 freiwillig zurückzutreten müssen.

Er hat es nicht getan. Im Gegenteil. Diefelben Parteien, die in der Reichspolitik das Volk von Katastrophe zu Katastrophe hegen, bleiben auch in Württemberg an den durch unerfüllte Versprechen erregten Gefühlen kleben und vernachlässigen die letzten Kräfte des Volkswohls.

Württemberg, einst ein blühendes, wohlhabendes Land, steht heute in höchster Gefahr, alles zu verlieren.

Eine schwächliche Regierung, abhängig von Berlin, vermag dem Zerfallsvorgang keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Diese Regierung läßt es zu, daß Württemberg von der Reichsregierung schlechter behandelt wird, als andere Länder.

Diese Regierung läßt es zu, daß andere, d. h. die Reichsregierung, das vernachlässigen, was sie eripieren!

Das darf nicht so weitergehen! **Es gilt, das Rette zu retten!**

Die Katastrophensparteien, die im Reich und in Württemberg sich am Volkswohl in unerschütterlicher Weise verschuldet haben, müssen **unbügig geschlagen** werden.

Nie wieder darf die Sozialdemokratie Gelegenheit haben, ihren **plammäßigen Arbeiter- und Volkserrat** fortzusetzen.

Nie wieder darf das Zentrum zum Nachteil des schwäbischen Volkes den Kurs der württembergischen Regierung bestimmen.

Endgültig müssen die **Bankrott-Politiker der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei, des Christlichen Volksdienstes** und der übrigen Spaltensparteien ausgeschaltet werden.

Partei muß es sein mit jenen dunklen Plänen, Württemberg unter **Zerschlagung des Bismarckrechtes** in einen kirchlichen Donaustaat einzuführen.

Das schwäbische Volk will deutsch sein und deutsch bleiben, will Ordnung, Freiheit, Frieden, Sauberkeit, Sparsamkeit.

Dafür büßt allein die nationalsozialistische Bewegung.

Deshalb fordern wir

Schärfsten Widerstand gegen die Verleumdungspolitik und Tributpolitik der Reichsregierung.

Wahrung der württembergischen Eigenart und der württembergischen Belange, insbesondere auf dem Gebiet der Verwaltung.

Massnahmen zur Zurückgewinnung der finanziellen Unabhängigkeit des Landes.

Massnahmen zur Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Gemeinden und damit zugleich Stärkung des Verantwortlichkeitsbewußtseins der Gemeinden. Gerechtigen Lastenausgleich zwischen Land und Gemeinden.

Wiederherstellung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der in der Erfüllung niedergelegten Grundrechte.

Sperrmassnahmen durch:

- Herabsetzung der Zahl der Ministerien von fünf auf drei.
- Herabsetzung der Aufgaben der Ministerien und Übertragung dieser Aufgaben an Mittelbehörden, Oberämter und Gemeinden.

Klare Abgrenzung der Aufgaben der einzelnen Behörden.

Aufhebung der Gelandtschaft in Berlin.

Herabsetzung der Ministergehälter auf höchstens 12000 Mark.

Herabsetzung der Gehälter der oberen Beamten der Gemeinden und übrigen Selbstverwaltungsbehörden auf höchstens 12000 Mark.

Vermeidung der Bezahlung von Nebenämtern in Staat und Gemeinden.

Herabsetzung der Großrenten.

Entlassung sämtlicher Parteibuchbeamten ohne Ruhegehalt und Entziehung der Ruhegehälter der Parteibuchbeamten.

Verwaltungsvereinfachung durch:

- Beseitigung des Nebeneinander- und Gegeneinander-Regierens von Behörden mit gleichen oder ähnlichen Dienstaufgaben.
- Festlegung eines Mindesteinkommens des untersten Beamten, Staats- und Gemeindeverwaltungen, das keiner Kürzung unterliegen darf.
- Erhaltung der in ihren Grundgedanken von Bismarck geschaffenen Sozialversicherung und Freimachung der Sozialversicherung von parteipolitischen Einflüssen.

Kampf gegen die politische Fäule, gegen roten Terror und gegen Mißbrauch des Christentums zu politischen Zwecken.

Einführung der Arbeitsdienstpflicht zur Sicherung des Arbeitslosen-Standes in Verbindung mit geographischer Arbeitsverteilung nach den Grundgedanken des nationalsozialistischen Programms.

Massnahmen zur Erhaltung der württembergischen Qualitäts-Industrie und des in ihr tätigen Qualitäts-Arbeiters.

Umstellung der liberalistischen Handels-Politik der Reichsregierung zum Zweck der Stärkung des industriellen und landwirtschaftlichen Binnenmarktes.

Beschränkung der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse zum Schutz der heimischen Landwirtschaft und Industrie.

Schaffung einer einzigen starken berufsständischen Organisation der Landwirtschaft, deren Aufgabe es sein muß, den Absatz der Produkte der württembergischen Landwirtschaft zu fördern unter besonderer Berücksichtigung des Obst-, Wein- und Gemüsebaus, der Milchwirtschaft und der Viehwirtschaft.

Grundsätzliches Verbot der Neugründung von Warenhäusern und Einheitspreis-Verhalten.

Einführung von Warenhaussteuer und Filialsteuer.

Beseitigung der Sonderrechte der Konsumvereine auf steuerlichem Gebiet.

Herabsetzung der Zinsätze, insbesondere der Wohnungskreditzins. Förderung des Eigenheimbankens.

Schutz des ehelich erworbenen Privateigentums.

Neuerlicher Widerstand gegen die bereits beginnende neue Inflation.

Schärfster Kampf gegen Schmutz und Schund in Presse, Theater, Kino und Rundfunk.

Förderung der im Volkstum vermurzeln bildenden Kunst.

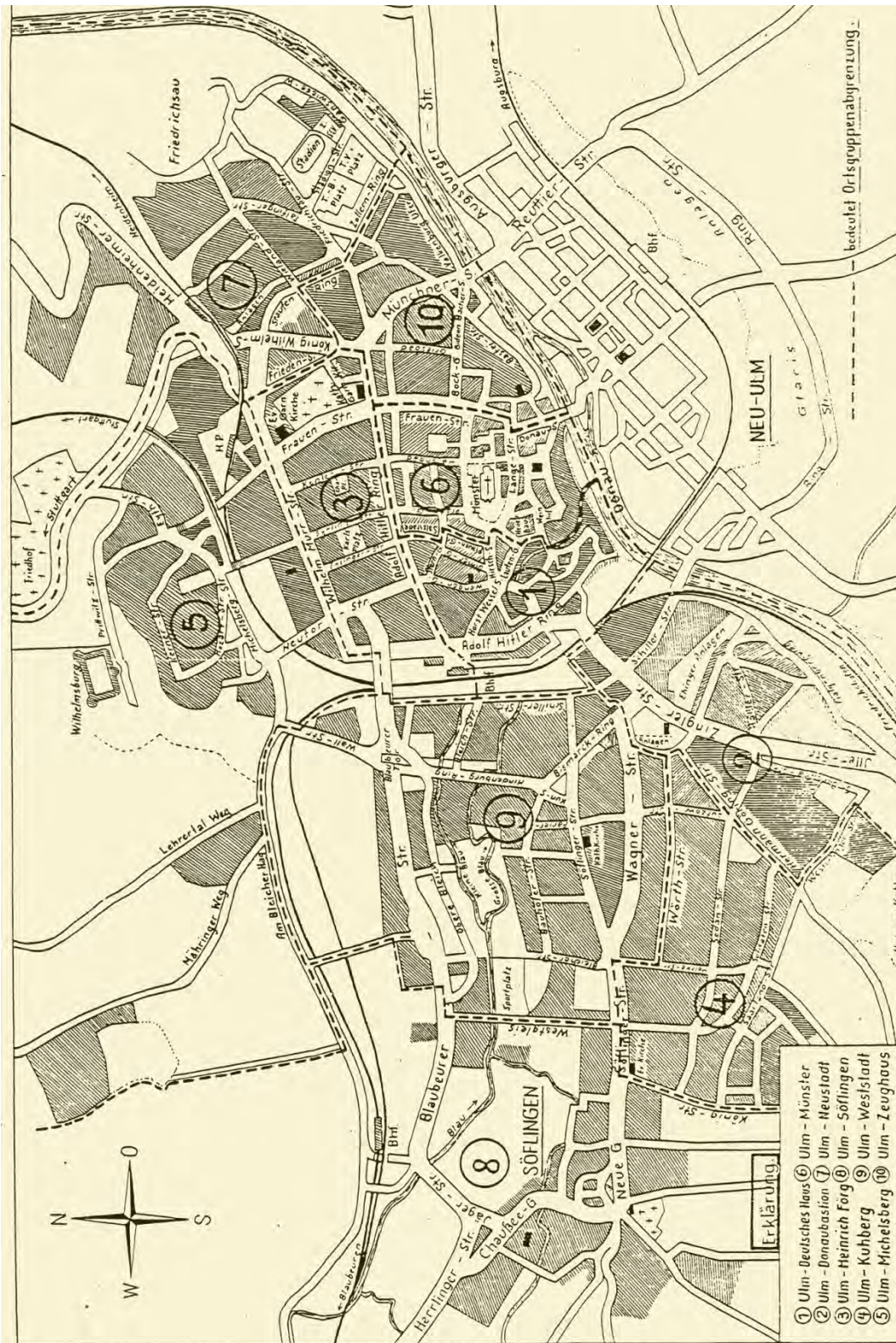
Lehrkräftige Unterstützung aller Bildungseinrichtungen, Erziehung und Bildung der Jugend in deutscher und christlicher Gesinnung.

Widerstand gegen die Entbürgerung volkreicher Elemente.

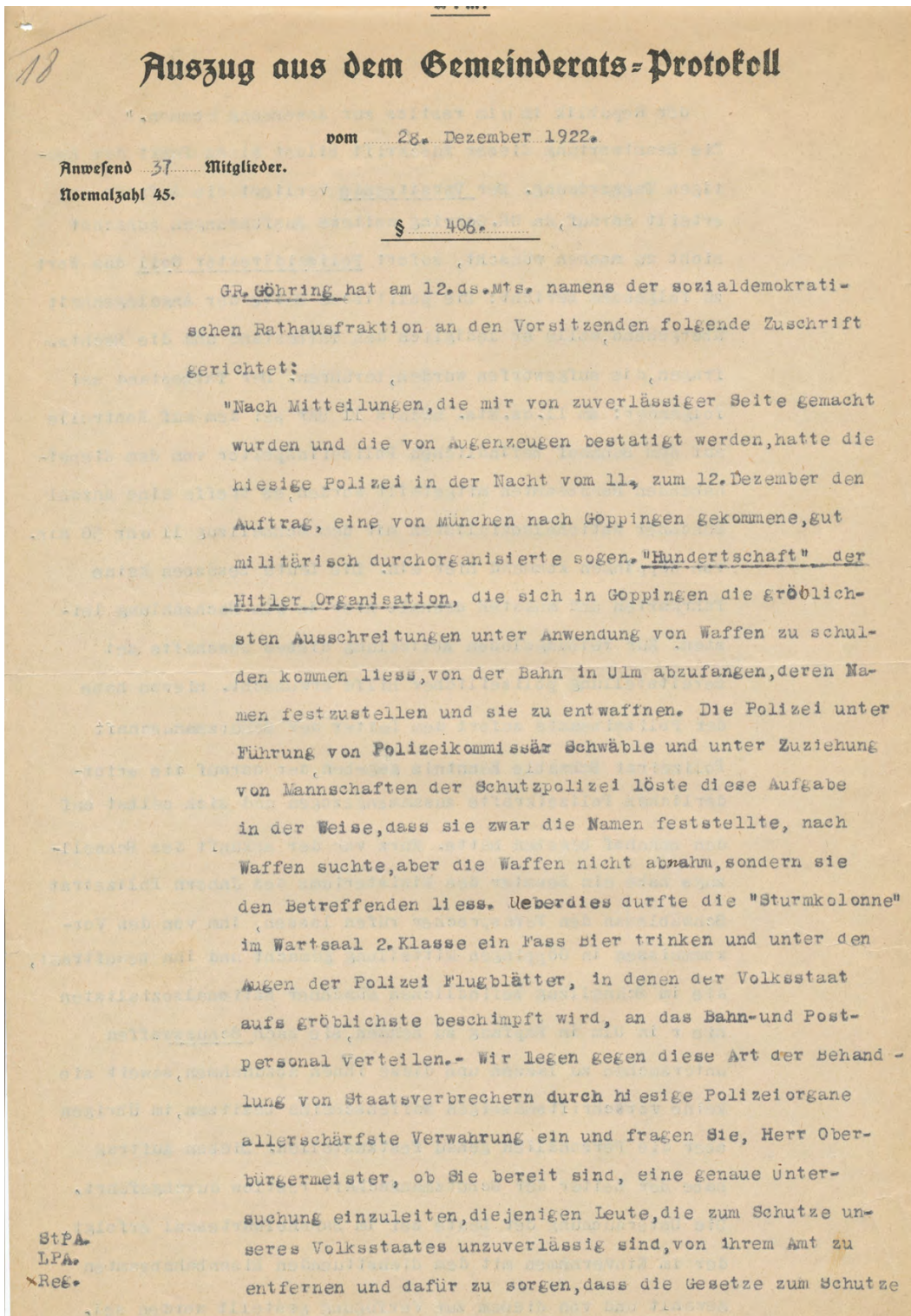
Schutz der Familie, Schutz von Mutter und Kind.

Schlagt die Katastrophenspolitiker!
Wählt Liste 10 - Nationalsozialisten!

Material 5: Ortsgruppen der NSDAP in Ulm (StA Ulm, B 123/1321 Nr. 4).



Material 6: Auszug aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 28. Dezember 1922 (StA Ulm, B 005/5 Nr. 261).



der Republik in Ulm restlos zur Anwendung kommen.

[Nach der Verlesung der Anfrage durch Oberbürgermeister Dr. Schwammbberger folgt der Bericht von Polizeidirektor Goll, anschließend die Stellungnahme von Friedrich Göhring (SPD)]

GR. Göhring: Die Angelegenheit sei bereits durch die Behandlung im Landtag etwas geklärt. Es bleibe deshalb ihm nur übrig, auf die Darlegungen des Polizeidirektors Goll zu antworten.

Als er (Redner) die Frage gestellt habe, sei er davon ausgegangen, die Anordnung des Ministeriums habe allgemein verlangt, die Leute zu entwaffnen. Da der Auftrag aber nur auf Abnahme der Schusswaffen lautete, könne gesagt werden, dass die Polizei in gutem Glauben sich befunden habe, der Weisung völlig nachgekommen zu sein. Dem könne er jedoch nicht beipflichten, dass in Württemberg nur Schusswaffen zu tragen verboten sei. § 223a Abs. 2 des Strafgesetzbuchs bezeichne als Waffe jedes Werkzeug, das geeignet sei, Körperverletzungen hervorzurufen. In diesem Sinne werden auch Gummiknüppel als Waffe zu betrachten sein. Wenn nun Leute derart bewaffnet eine Versammlung besuchen, so verstosse das gegen die Reichsverfassung, selbst dann wenn die Bewaffneten Waffenscheine besitzen. Bei den Münchnern sei nun weiter zu beachten, dass sie von der Zentralorganisation der Nationalsozialisten als Stosstrupp nach Göppingen beordert wurden, wohlbewaffnet, mit einem Sanitätsmann, einer Krankenschwester und mit vollständiger Sanitätsausrüstung versehen. Er frage, zu was solche Vorbereitungen getroffen werden; für friedliche Versammlungen seien sie nicht üblich. Militärische Organisationen seien übrigens durch die Gesetze zum Schutze der Republik verboten. Dass es sich um eine militärische Organisation handelte, das zeige verschiedenes: einmal schon die militärische Aufstellung bei der Durchfahrt von München nach Göppingen auf dem hiesigen Bahnhof, die Führung durch einen (adeligen) Hauptmann. Das habe der hiesigen Polizei bekannt sein müssen und deshalb hätte sie den Trupp, bei dem der Verdacht vorlag, Landesfriedensbruch verübt zu haben, verhaften sollen, selbst dann, wenn das Ministerium es nicht verfügt hatte. Die

[Nach den Wortmeldungen von Emil Herbst (Württ. Bürgerpartei), Oberbürgermeister Dr. Schwammbberger, Friedrich Göhring (SPD), Salomon Moos (DDP), Fritz Varnholt (DDP),

Dr. Philipp Wieland (DDP) folgt die Stellungnahme von Dr. Otto Kirchgeorg (Württ. Bürgerpartei)]

GR. Dr. Kirchgeorg: Die nationalsoziale Bewegung sei tatsächlich eine geistige Bewegung und verdiene, dass sie mit grossem Interesse verfolgt werde. Die heutige Interpellation weise, dass die Sozialdemokratie gewaltige Angst habe. In Bayern sei die Sozialdemokratie durch die Nationalsozialisten erledigt, in Württemberg werde es ebensoweit kommen. Er habe keine Veranlassung, für die Nationalsozialisten einzutreten, dagegen müsse er sich aber wenden, dass der Freiheitsbegriff in solcher Weise angewendet und die Staatsgewalt und die Polizei aufgerufen wird, wenn man sieht, dass eine mächtige Bewegung aufkommt, die der eigenen Partei schadet. Er erinnere daran, was seine Partei (Bürgerpartei) habe hier erdulden müssen. Auf eine Interpellation habe sie erst nur die Antwort bekommen: "Schützt euch selbst."

GR. Göhring: Die Sozialdemokratie habe keine Ursache zur allergeringsten Angst vor den Nationalsozialisten. Wenn die Hitlergarde oder die Organisation der Nationalsozialisten als geistige Bewegung aufträte, mit geistigen Waffen kämpfte, bestünde kein Anlass, etwas einzuwenden. Wenn aber eine Vereinigung entstehe, die ganz militärisch durchorganisiert sei, so könne sie wohl für staatsgefährlich angesehen werden. Sie habe nur in Bayern festen Fuss fassen können. In Württemberg sei sie zwar noch nicht verboten, man habe aber keine Veranlassung, eine solche Organisation zu dulden, die mit Naturnotwendigkeit zum Bürgerkrieg führen müsse. So glatt wie in Italien gehe die Sache in Deutschland nicht. Jeder, der angebe, vaterländisch gesinnt zu sein, müsse diese Bewegung verurteilen.

Arbeiterjugend und Hakenkreuzler in Ulm.

Ein Teilnehmer des Ulmer Jugendtages schreibt uns:

Jedem echten Republikaner lachte das Herz im Leibe, als er die Sozialistische Arbeiterjugend Württembergs in den Mauern Ulms sah. In prachtvoller Disziplin, voll jugendlichem Feuer im Herzen, so marschieren all die vielen jungen Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Die von der Ulmer Arbeiterschaft so zahlreich zur Verfügung gestellten Nachtquartiere bewiesen eine schöne proletarische Gastfreundschaft. Daß dieser Aufmarsch der Arbeiterjugend den Mächten der Reaktion schwer im Magen lag, zeigte im Laufe der zwei Tage so mancher hakersfüllte Blick der hier und da auftauchenden Hakenkreuzler. Jedoch im Lichte des Tages wagten diese sich nicht an unsere Jugend heran. Erst Sonntag abends, als die Stuttgarter Jugend und die des Unterlands auf den Zug zum Bahnhof marschierten, da hielten die Schwarz-Weiß-Roten ihre Zeit für gekommen. Genosse Heini Franke hielt vor dem Bahnhof noch eine kleine Schlussansprache. Seine begeisterten Worte klangen in ein Bekenntnis zur Republik aus. Da mitten in seiner Rede wurden von einer plötzlich aufgetauchten Heldenschar Nationalsozialisten, die ihrem Aussehen nach aus Studenten, früheren Offizieren, deutschnationalen Handlungsgehilfen bestanden, auf feigen Hinterhalt Gaspatronen geworfen, die eine beißende, tränenerregende Wirkung haben. Es waren wohl dieselben Heldenjünglinge, die am Nachmittag die von der Friedensgesellschaft einberufene Gerlachversammlung mittels dieser „urteutschen“ Kampftaktik zu sprengen versucht hatten. Wahrscheinlich kamen sie extra von Bayern heraus. Die Erregung unserer Jugend war selbstredend ungeheuer. Welches junge Herz sollte sich nicht über solche Feigheit empören!

Als nun die Hakenkreuzler versuchten, die Jugend gegen den Bahnhof zu drängen, da setzte bei unserer Jugend eine muster-gültige Disziplin ein. Obwohl die Empörung groß war, ließ sich doch keiner auf die beabsichtigte Provokation der Knüppelgarde ein. Mit einem brausenden Hoch auf die Republik wurde die Rede beendet. Dann wurde dafür gesorgt, daß die jüngeren Genossen und Genossinnen in den Bahnhof gingen. Die älteren Genossen aber standen wie eine eiserne Schutzmauer da, Schulter an Schulter. Angesichts solcher Jugend wagten die Helden der Schlagringe, Gummiknüppel und Gaspatronen nicht, von ihren „ruhmreichen“ Kampfswaffen Gebrauch zu machen. Und als die Jugend mit einem Arbeiterlied auf den Lippen nun so dastand, da wichen die Hakenkreuzler vor solcher Entschlossenheit zurück. Die Arbeiterjugend behauptete ihren Platz. Bis kurz vor Abfahrt des Zuges hielt die Jugend in ihrer prächtig disziplinierten Haltung stand, dann rückte sie geschlossen in den Bahnhof ab. Nur der Besonnenheit der Jugend war es zu danken, daß es nicht zu einem schweren Zusammenstoß gekommen ist.

Merkwürdig war, daß sich während der ganzen Zeit keine Schupo sehen ließ. Aufgabe unserer Ulmer Rathhausfraktion und unserer Landtagsfraktion wird es sein, darüber Aufschluß zu verlangen, warum die Schutzpolizei hier völlig versagte. Es ist höchste Zeit, dem erbärmlichen Treiben der schwarz-weiß-roten Gasstrategen ein Ende zu bereiten. Versagt die Regierung in ihren Maßnahmen, so muß sich die Arbeiterschaft eben selbst schützen. Die Sozialistische Arbeiterjugend wurde durch die Erfahrung des Sonntagabends aber nur um so fester zusammengeschmiedet. G. Sch.

Nazi-Terror

Die Polizei im Kampf gegen den Pöbel

Die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“, die bereits am Freitagmittag und Freitag abend zu Ruhestörungen geführt hatte, über die die Polizei jedoch mit Hilfe der Hedagerte leicht Herr zu werden vermochte, gab am Samstagabend wieder Anlaß zu Ruhestörungen, die ein solches Ausmaß annahmen, daß sie an Aufruhr grenzten. Nationalsozialisten hatten sich in den Straßen, die an den Filmpalast angrenzten, in großer Zahl gesammelt und durch ihre Hitler-Rufe Aufregung in die Masse gebracht. Die Polizei, die schon vorher vorsichtshalber am Plage war, schritt ein und säuberte mit Gummiknüppeln die Straßen. Dabei wurde eine ganze Anzahl von Verhaftungen vorgenommen und es kamen auch Verletzungen vor. Darauf zogen sich die Demonstranten in die angrenzenden Straßen zurück und durchzogen diese in Gruppen mit den üblichen Hitler-Rufen.

Große Massen sammelten sich auch am Münsterplatz vor dem Eingang zur Polizeiwache und stimmten Hitler-Lieder an. Wiederholt ging die Polizei durch Ueberfallkommandos vor und griff bald da, bald dort ein, was für die pflichttreuen Beamten sehr ermüdend war. Teilweise wurden Trupps bis an die Grenzen Neu-Ulms verdrängt. Die Arbeit der Polizei wurde dadurch erschwert, daß immer mehr unbeteiligtes Publikum sich unter die Demonstranten mischte, teils aus Neugier, teils wohl auch um eigene Ziele zu verfolgen. Das Verhalten des unbeteiligten Publikums war geradezu sinnlos und hatte zur unvermeidlichen Folge, daß Unbeteiligte unlieb in die Plänkeleien hineingezogen wurden, wenn die Polizei mit der Hedagerte energisch vorging. Die Unruhen hatten um 8 Uhr abends begonnen und setzten sich bis 1 Uhr nachts fort. Auf Seiten der Demonstranten setzten es allerhand Verletzungen ab. Ein Kriminalbeamter wurde in dem Augenblick, als er das Dienstgebäude verließ, von einem Demonstrantentrupp bewußtlos geschlagen. Welche Elemente daran beteiligt waren, bedarf noch der Untersuchung. Die Zahl der Zwangsfeststellungen, die im Laufe der Unruhen vorgenommen wurde, ist recht erheblich. Die Polizei ist gezwungen und entschlossen, zu schärferen Maßnahmen zu greifen, wenn sich diese Unruhen fortsetzen sollten.

Wir erhalten noch folgenden Bericht zu den Vorgängen:

Nachdem der nationallistische Pöbel schon am Freitag versucht hatte, gegen die Vorführungen des Films „Im Westen nichts Neues“ zu demonstrieren, wiederholte sich das beschämende Treiben am Samstag. Bereits am Nachmittag mußte die Polizei einschreiten. Abends sammelte sich in den zum Filmpalast führenden Straßen eine randalierende Menge, die durch Geschrei und Sprechhölzer die Vorführungen zu stören suchten. Mit Hilfe des Gummiknüppels zerstreute die Polizei die Ansammlungen rücksichtslos. Aus der Menge wurden mehrere **Revolverschüsse abgefeuert**. Die Demonstranten bestanden in der Hauptsache aus **Gymnasiasten**, also Angehörigen des nationalsozialistischen Schülerbundes, der Hitlerjugend und anderen verhekten jungen Leuten. Die Drahtzieher wie Dreher und Konsorten hielten sich im Hintergrunde. In der Nacht wurden am Filmpalast mehrere Fenster eingeworfen. Die Polizei nahm zahlreiche Siftierung vor. Auf dem Münsterplatz wurde ein Polizeibeamter von Nationalsozialisten durch Steinwürfe verletzt. Ein Kriminalbeamter wurde ohnmächtig geschlagen.

Auf dem Postamt in Biberach wurde von der Polizei ein nach Ulm adressiertes und wahrscheinlich für die Filmvorführungen bestimmtes Paket mit Stinbomben beschlagnahmt. Wie festgestellt werden konnte, sind dieselben in der Käserei Josef Bauer in Biberach zu finden. In der Käserei Josef Bauer in Biberach sind, einer Chemiker ist.

Die Polizei meldet: Die Demonstration der Nationalsozialisten gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ setzte sich am Samstag und Sonntag Abend in abgeschwächtem Umfange fort. In der Hauptsache waren an ihr **junge Burischen** beteiligt. Sie suchten durch **Schreien, Pfeifen, Abgabe von Schreischüssen** usw. die Bevölkerung zu beunruhigen. Die Polizei mußte verschiedentlich mit einem größeren Aufgebot eingreifen. Etwa **30 Personen** wurden an den beiden Tagen festgenommen. Sie werden sich zum Teil wegen Aufruhrs u. a. vor dem Strafrichter zu verantworten haben. Ein Polizeibeamter in Zivil wurde am Samstagabend von den Demonstranten **niedergeschlagen** und leicht **verletzt**. Ein anderer konnte sich gestern Abend vor dem gleichen Schicksal nur mittelst seines Polizeihundes **bewahren**. Irgend ein Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor.

Politische Demonstrationen Ulmer Oberrealschüler

Das Reichsgericht hat die vom Landgericht Ulm am 20. Nov. v. J. wegen der Straßendemonstrationen gegen die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ verhängten Strafen bestätigt, mit Ausnahme des auf Landfriedensbruch lautenden Schuldspruchs gegenüber dem Hauptträdelsführer D e r. Während die ausgesetzten Strafen im übrigen also rechtskräftig geworden sind, wird die Ulmer Strafkammer gegen ihn in nochmaliger Verhandlung eine neue Strafe festzusetzen haben. Die dem Strafverfahren zugrunde liegenden Demonstrationen und die mit ihnen verbundenen Radauszenen waren, wie erinnerlich, am 22. und 23. August v. J. von einer größeren Zahl von Ulmer Oberrealschülern durchgeführt worden, die sich durch die Filmvorführung in ihren vaterländischen Empfindungen verletzt gefühlt hatten. Das Johlen und Schreien der jugendlichen Demonstranten war schließlich in Gewalttätigkeiten gegenüber einem Polizeibeamten ausgeartet, aus dessen Händen man den Festgenommenen Mitschüler Rolf Schönrod befreien wollte. Während die meisten der Angeklagten mit geringfügigen Geldstrafen wegen groben Unfugs davonkamen, war gegen D e r außerdem wegen Landfriedensbruchs auch auf eine Freiheitsstrafe, sowie gegen den Mitangeklagten J ä g e r wegen Beleidigung des Polizeibeamten erkannt worden. Gegen diese Entscheidung wurde vor dem Reichsgericht eine Reihe prozessualer und sachlicher Einwendungen erhoben. U. a. wurde die Vereidigung eines Zeugen gerügt, der als Spitzel der Teilnahme verdächtig gewesen sei. Sachlich sei der Kampf gegen den Film eine sittliche Notwendigkeit gewesen und von dem anständigen Teil des Publikums gebilligt worden. Der Befreiungsversuch gegenüber dem durch Schläge mißhandelten Polizeibeamten stelle keine Gewalttätigkeit dar, weil überhaupt kein rechtswidriger Angriff vorliege. Die Schuldfeststellungen der Ulmer Strafkammer erschienen aber dem Reichsgericht, von der einen oben erwähnten Ausnahme abgesehen, unanfechtbar, weshalb die eingelegten Revisionen insoweit als unbegründet verworfen wurden, da sich auch der gerügte Formverstoß nicht als durchschlagend erwies.

Nazihorden machen die Straßen unsicher

Schwere Zusammenstöße in Ulm - Schlagringe, Stahlruten, Schulterriemen und Koppeln sind die „geistigen Waffen“ der Nazis

Seit einigen Tagen wächst in Ulm die Frechheit der Nazis und damit die Unsicherheit für die Republikaner auf den Straßen. Fast täglich sind uns in der letzten Zeit Überfälle von Nazis auf Republikaner gemeldet worden, die z. T. mit schweren Verletzungen geendet haben. Nach ihrem gestrigen Ausmarsch hat die Nazi der Haber, wie es scheint, besonders gestochen. Die Eisenerne Front hatte gestern abend im „Greifen“-Saal ein politisches Kabarett veranstaltet, das nach 1/12 Uhr beendet war. Als eine Anzahl Teilnehmer sich in der Frauenstraße mit dem Kampfruf „Freiheit“ voneinander verabschiedeten, rief ein Nazitrupp, der anscheinend auf den Ausgang der Veranstaltung gewartet hatte und provozieren wollte, „Heil Hitler“ und ging sofort gegen einzelne junge Leute tödlich vor. Bevor man recht wusste, was los ist, waren drei Verwundete zu verzeichnen, und der Ruf gellte durch die Straßen: „Die Nazis greifen mit Stahlruten und Schlagringen an.“ Sofort war eine Schlägerei im Gange, es ertönten gellende Pfiffe, und von allen Seiten kirmten Nazitruppen, die ihre Schulterriemen abgesehnallt hatten und teilweise mit Stahlruten und Schlagringen bewaffnet waren, heran. Die Lage schien bedrohlich zu werden, als eine Anzahl Schutzleute auf dem Plan erschienen. Die Nazis versuchten, auf die wehrlose Menge einzuschlagen, die zum größten Teil aus jungen Leuten, darunter vielen Frauen und Mädchen, bestand. Eine größere Zahl der Angegriffenen, die jede weitere Kauferei vermeiden wollte, sprangen die Kornhausgasse hinauf, von zwei Schutzleuten verfolgt, während die Nazis hinter dem Rücken der Schutzleute mit abgesehnallten Schulterriemen nachrückten. Ein junger Arbeiter sagte zu den Schutzleuten: „Wendet Euch doch gegen die Nazis, denkt doch daran, daß die Euch aus der Kaserne verdrängen wollen.“ Dafür wurde er festgenommen und von den zwei Schutzleuten in der Mitte nach der Polizeiwache transportiert. Auffallend ist, daß diese beiden Schutzleute sich nicht mehr um die Aufrechterhaltung der Ruhe auf der Straße kümmerten, sondern es als ihre Hauptaufgabe betrachteten, den jungen Arbeiter auf die Polizeiwache zu transportieren, obwohl dieser erkrankte, ruhig mitzugehen, und seinen Namen angab. —

Zu einem weiteren ernstern Zwischenfall kam es in der Hirschstraße, als Nazis einen führenden Parteigenossen anrampelten. Als sich dieser das verbat, wurde er von einer Anzahl Nazis die Hirschstraße hinunter verfolgt und unter fortgesetzten rohen Beleidigungen, Stößen und Puffen bis zur Steinernen Brücke gedrängt. Merkwürdig war, daß gerade an diesem Punkt nirgends ein Schutzmann zu finden war. Die lauten Rufe des Angegriffenen nach einem Schutzmann lockten eine Anzahl anderer Passanten herbei, die z. T. eine drohende Haltung gegen die angriffenden Nazirowdys einnahmen, aber ein Schutzmann ließ sich nicht blühen. Endlich ließen unter weiteren wüsten Drohungen und einigen Schlägen auf den Kopf die Rohlinge, von denen sich besonders ein SS-Mann auszeichnete, von ihrem Opfer ab und zogen die Hirschstraße hinauf.

Die Nazis sind anscheinend der Meinung, daß ihnen alles gestattet ist, und daß sie sich bereits im Dritten Reich befinden. Es ist wirklich weit gekommen, wenn friedliche Bürger nicht mehr unbehelligt durch die Straßen der Stadt passieren können. Die Polizei wird sich allen Ernstes die Frage vorzulegen haben, wie sie die Sicherheit der republikanischen Bevölkerung gegenüber dem unerträglichen Terror und der unverhämten Annäherung der Nazihorden wiederherstellen kann. Wenn die Polizei dazu nicht in der Lage ist, dann bleibt auch den Republikanern nichts anderes übrig, als gegen diese Rowdys zur Selbsthilfe zu greifen, und dann hätten wir ähnliche Zustände, wie sie sich in den letzten Tagen in Berlin, in Schlessen und an anderen Orten abgespielt haben. Das bedeutet den latenten Bürgerkrieg, der sich aber immer mehr verschärfen würde und in einem allgemeinen Chaos enden müßte. Wir warnen, es ist fünf Minuten vor zwölf!

Die Kriminalpolizei meldet zu den Vorfällen:

In der letzten Nacht von etwa 1/12 bis 1/2 Uhr entwickelten sich an verschiedenen Punkten der Stadt Mänkeleien und ernstere Streitfälle zwischen Angehörigen verschiedener politischer Parteien. Bei einer Schlägerei in der Frauenstraße gab es Verletzte, desgleichen bei einer solchen in der Hirschstraße beim Blauken. Zum Schluß gab es auch bei der Gaisenbergstraße Auseinandersetzungen. Alle verfügbaren Polizeikräfte mußten gruppenweise eingesetzt werden, um die Streitenden auseinanderzutreiben. Verschiedentlich mußte die Hedagerte gezogen werden. Einige Personen wurden zwangsgestellt. Gegen 1/2 Uhr war die Ruhe allgemein wieder hergestellt.

Der Gleichschaltungsprozess

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 setzten die Maßnahmen der Nationalsozialisten zur Machtsicherung ein. So setzte z.B. die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 die Grundrechte der Weimarer Republik außer Kraft und ermöglichte dem Reich, in die Regierung der Länder einzugreifen. Die Umwälzungen auf staatlicher Ebene setzten sich auch in den Kommunen fort. Auf Antrag der NSDAP-Gemeinderatsfraktion stimmte am 13. März 1933 die Mehrheit des Gemeinderats gegen die Stimmen der sieben anwesenden SPD-Gemeinderäte bei zehn Enthaltungen des Zentrums für eine Selbstauflösung des Gemeinderats. Der Erlass des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 kam jedoch der Auflösung zuvor. Der Gemeinderat wurde nach dem in Ulm erzielten Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 umgebildet. Die KPD-Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt bereits verhaftet und zahlreiche SPD-Gemeinderäte aus der Partei ausgetreten. Am 15. Mai 1933 trat dann der gleichgeschaltete Gemeinderat zusammen, wobei man die übrig gebliebenen SPD-Mitglieder zum Verzicht auf ihr Mandat zwang. Am 22. Juni 1933 wurde die SPD reichsweit verboten und am 7. Juli erfolgte die gesetzliche Entziehung der Mandate ehemaliger Sozialdemokraten. Die Angehörigen von DNVP und Zentrum verzichteten entweder in den folgenden Monaten unter dem Eindruck des Verbots ihrer Parteien auf ihr Amt oder traten als „Hospitanten“ der NSDAP-Fraktion bei.

Am 17. März 1933 zwang der vom neuen nationalsozialistischen württembergischen Staatspräsidenten Wilhelm Murr eingesetzte Staatskommissar Dr. Hermann Schmid den bisherigen Oberbürgermeister Dr. Schwammberger zur Amtsübergabe. Nach Dr. Hermann Schmid wurde am 4. April 1933 Friedrich Foerster zum Staatskommissar ernannt. Um politisch unzuverlässige städtische Bedienstete zu diskreditieren und aus dem Amt zu drängen, bedienten sie sich eines vor allem aus NS-Parteileuten bestehenden Untersuchungsausschusses. Nach außen hin hatte er die Aufgabe, Korruption und andere Missstände in der Verwaltung aufzudecken. Auf diese Weise wurden z.B. Oberbürgermeister Schwammberger, der jüdische Museumsdirektor Prof. Dr. Baum, der sozialdemokratische Oberrechnungsrat Albrecht Hieber vom Liegenschaftsamt, Verwaltungsdirektor Remshardt vom Steueramt und Oberrechnungsrat Meyer vom Personalamt ihrer Ämter enthoben. Staatskommissar Foerster wurde am 3. August 1933 vom Württembergischen Staatsministerium zum Oberbürgermeister ernannt.

Anfang 1935 wurde mit der Deutschen Gemeindeordnung erstmals die Kommunalverfassung im gesamten Reich vereinheitlicht. Der als Beauftragter der NSDAP agierende Kreisleiter, der selber nicht Gemeinderat war, ernannte im Benehmen mit dem Bürgermeister die Gemeinderäte. Abstimmungen der Gemeinderäte waren nicht mehr vorgesehen. Es fanden lediglich Beratungen der Gemeinderäte mit dem Oberbürgermeister statt, an denen auch der NSDAP-Kreisleiter in bestimmten Angelegenheiten teilnehmen konnte. Die Wahl des Bürgermeisters wurde ebenfalls abgeschafft. Der NSDAP-Kreisleiter schlug nach Beratung mit den Gemeinderäten drei Bewerber vor, die endgültige Entscheidung trafen staatliche Behörden. Die Gleichschaltung erfasste nicht nur alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung, sondern bedeutete auch einen Eingriff in die persönlichen Lebensbereiche der Menschen. So wurden z.B. mit dem Gesetz über die Hitlerjugend von Dezember 1936 alle Jugendlichen zwangsweise in der HJ zusammengefasst und diese zur einzigen Erziehungsinstitution neben Familie und Schule erklärt. Mitgliedschaft in der HJ bedeutete in der Regel bis zum Krieg zwei Dienste pro Woche mit Sport und politischer Unterweisung sowie zusätzliche Sonntagsdienste, an denen Schießübungen, Appelle, Exerzieren oder auch Zeltlager auf dem Programm standen. Bei der Überwachung der Bevölkerung kam den Ortsgruppen der NSDAP eine entscheidende Bedeutung zu. Durch den Wohnsitz war jeder „Volksgenosse“ der ihn erfassenden, betreuenden und überwachenden Ortsgruppe genau zugeordnet. Deren Blockleiter sorgten für möglichst zahlreiche Mitgliedschaft in den NSDAP-Organisationen und zogen die Beiträge ein,

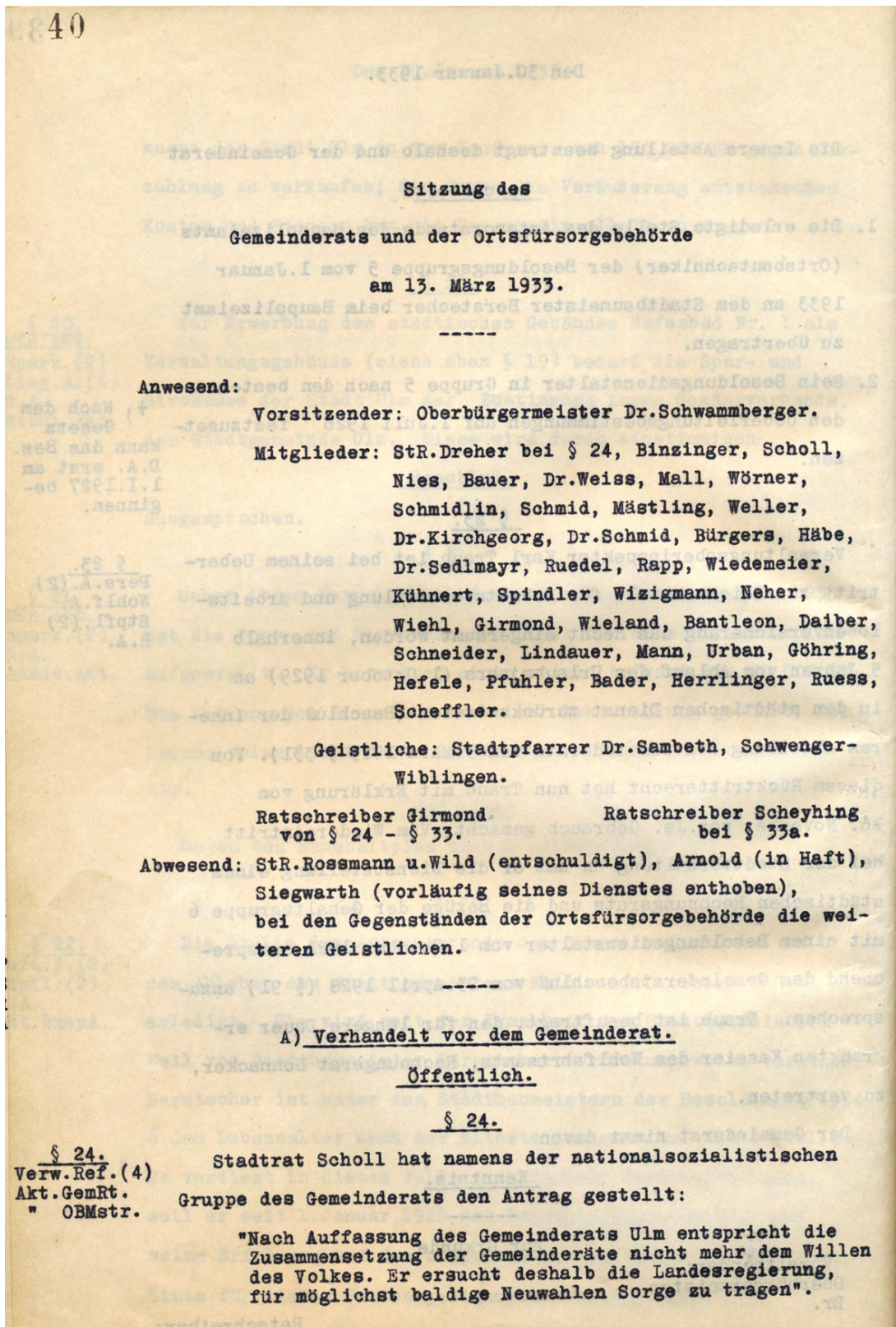
wodurch sich Einblicksmöglichkeiten in Haushalte ergaben. Ihre bis auf die Blockleiter (40-60 Haushaltungen) hinab gehende Gliederung ermöglichte es, gezielt auf die einzelnen „Volksgenossen“ einzuwirken und diese auf abweichendes Verhalten hin zu überwachen.

Material 1: Hissung von Hakenkreuzflaggen am Ulmer Rathaus am 7. März 1933

(StA Ulm, G 7/3.1 1933 3.7)



Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933, in der die NSDAP in Ulm 45 % der Stimmen (43,9 % im Reich) erreichte, veranstalteten die Nationalsozialisten einen Fackelzug durch Ulm. Am Tag darauf, am 7. März 1933, zogen Angehörige von SA, SS und Stahlhelm (Wehrverband der DNVP) zum Ulmer Rathaus, wo sie Ansprachen hielten und Hakenkreuzflaggen hissten. Anschließend fanden Flaggenhissungen an weiteren öffentlichen Gebäuden statt.



Den 13. März 1933.

Der Antrag ist sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderats mit der Tagesordnung abschriftlich bekannt gegeben worden. Der Oberbürgermeister verliest ihn in heutiger Sitzung nochmals.

StR. Dreher gibt darauf zu dem Antrage etwa folgende Erklärung ab:

Wir sind jetzt 14 Monate auf dem Rathause. In diesen 14 Monaten hat man alles getan, um gerade die stärkste Partei, die stärkste Wahlgruppe in jeder Weise zu vergewaltigen und zu diffamieren. Fünf Wahlen sind dahingegangen, ohne daß auf dem Rathause dahingehend einmal die Konsequenzen gezogen worden wären. Der 5. März hat eindeutig gesprochen und wir lassen uns länger nicht mehr bieten, hier von der Macht ausgeschaltet zu werden. Die, die über unsere Anträge abstimmen, haben nach dem Volkswillen kein Recht, hier in diesem Hause zu sitzen. Ich habe den Antrag gestellt, damit der Gemeinderat selbst bekennen möge, daß der Volkswille zum Ausdruck kommt, wie er am 5. März zum Ausdruck gekommen ist.

Ich habe dahingehend noch Forderungen zu stellen, nachdem gerade in den 14 Monaten die Geschäftsführung des Herrn Oberbürgermeisters eine derartige war, jeden Antrag, der von unserer Seite gestellt wurde, als ungesetzlich zu bezeichnen oder überhaupt verschwinden zu lassen. Ich habe warten können, ich habe oft geschwiegen, glauben Sie nicht, daß ich etwas vergessen hätte. Man hat sich nicht gescheut, trotzdem ich im Recht war, nachdem ich das Wort zur Tagesordnung vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt hatte, mich als Führer der stärksten Bewegung mit 14 Schupoleuten herunterzuholen. Ich habe mir gesagt, es kommt die Zeit. Ich hätte heute vielleicht die Möglichkeit, das Gegenteil zu tun. Ich

Den 13. März 1933.

bin nicht so kleinlich, ich bin nicht rachsüchtig. Im Hinblick auf die zurückliegenden 14 Monate, in welcher Zeit ich an den Herrn Oberbürgermeister 2 offene Briefe geschrieben habe, ohne je eine Antwort oder Beachtung gefunden zu haben - die Anwürfe halte ich aufrecht -, verlangen wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der prüfen soll, jedenfalls die Spesen und Ausgaben der Stadtverwaltung für die Person des Herrn Oberbürgermeisters. Ich stelle den Antrag auf Herabsetzung des Gehalts des Herrn Oberbürgermeisters auf 12 000 RM. Wenn erklärt wird, daß das auf Grund der Gemeindebesoldungsordnung nicht zulässig sei, stelle ich fest, daß das Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters eine Sonderklasse darstellt, die nicht in der Gemeindebesoldungsordnung festgelegt ist, so daß auf Grund der damaligen Notverordnung dies zur Sanierung der Gemeindefinanzen hätte durchgeführt werden können. Herr Oberbürgermeister, wir fordern von Ihnen, daß Sie auf Grund Ihrer Einstellung zur stärksten Bewegung die Konsequenzen ziehen und freiwillig von Ihrem Amte zurücktreten. Sie haben 3 Tage Bedenkzeit, bis dahin wird die neue Staatsregierung bestehen, die dann u.U. das Andere veranlassen kann.

An diese Erklärung knüpft sich eine Aussprache, in der im wesentlichen ausführen:

StR. Dr.Kirchgeorg: Dem Antrage betr. Neuwahl des Gemeinderats stimmen wir zu.

StR. Dr.Sedlmayr: Wir verkennen keineswegs die Veränderung der politischen Verhältnisse. Wir sehen keine Veranlassung, daß der Gemeinderat Ulm der neukommenden Regierung einen Vorschlag in dem beantragten Sinne unterbreitet, da die Regierung von sich aus in der Lage ist, auf Grund der

Den 13. März 1933.

Notverordnung vom 24. August 1931 einzugreifen.

StR. Göhring: Bei Schaffung der neuen Gemeindeordnung ist aus Gründen der Stetigkeit und Festigkeit der Gemeindeverwaltung die Bestimmung getroffen worden, daß alle 3 Jahre die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder zu wählen ist. Diese Bestimmung hat heute noch Gesetzeskraft. Solange sie das hat und nicht durch die Regierung und den Landtag, die allein zuständig sind, aufgehoben ist, sehen wir uns nicht in der Lage, einem solchen Antrage an den Gemeinderat zuzustimmen.

StR. Dr. Schmid: Ich muß mich über diese Erklärung sehr wundern. Es ist meines Erachtens, gerade solange die Sozialdemokratie an der Macht gewesen ist, diese Partei gewesen, die, wenn es ihr paßte, das demokratische Prinzip vertreten hat. Wenn jetzt die Sache einmal umgekehrt ist, dann hört man auf diesem Ohr nichts mehr. Ich hätte mich schon gefreut, wenn der Gemeinderat in seiner Geschlossenheit sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt hätte: Dieser Gemeinderat ist überholt. Es ist das Recht der stärksten Partei, daß diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen wird, indem ein solcher Antrag nach Stuttgart geschickt wird. Wenn es umgekehrt wäre, bin ich fest überzeugt, daß Sie nicht begreifen würden, wenn dem Antrage nicht stattgegeben würde. Das ist nur recht und billig, daß der Gemeinderat von sich aus die Initiative ergreift. Den Verhältnissen muß Rechnung getragen werden. Im übrigen ist die Sache nicht so sehr wesentlich. (Zustimmende Äuße von allen Seiten und "Sehr richtig".)

StR. Bantleon: Wir sind auch der Auffassung des Herrn Dr. Schmid, daß der Gemeinderat nicht der richtige Ort ist, der das beschließen soll. Wir stimmen dem Antrage zu, weil wir der Ansicht sind, daß die Volksmehrheit jetzt zum Worte

Den 13. März 1933.

kommen soll.

StR. Göhring: Ich habe nur festzustellen, daß wir uns immer der Volksmehrheit fügten, aber wir halten auch an der gesetzlichen Bestimmung fest. Herrn Dr. Schmid erwidere ich, daß wir im Jahre 1918, als wir die Mehrheit hatten, keinen Antrag gestellt haben, den Gemeinderat anders zu besetzen oder ihn aufzulösen. (Dr. Kirchgeorg: Sie haben die Mehrheit nicht gehabt, sondern die demokratische Partei mit 19 Sitzen. Bei der ersten Wahl zur Nationalversammlung waren wir die stärkste Partei. Wir haben ruhig gewartet, bis die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben waren, den Gemeinderat neu zu wählen. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Regierung durch Verordnung die Gemeinderatswahlen in ganz Württemberg anberaumen wird und dieser Verordnung werden wir uns ohne weiteres fügen. Notwendig ist es nicht, daß der Gemeinderat von Ulm der Regierung irgend welche Vorschläge macht, wie sie es machen soll. Wir lehnen das ab.

StR. Dr. Schmid: Wenn Sie das Wort legal in den Mund genommen haben, muß ich sagen, daß der Antrag, wie er gestellt ist vollständig legal und durchaus in Ordnung ist.

(StR. Göhring: Ich habe nicht von legal gesprochen.) Was nicht legal war, das war 1918, wie Sie zur Macht gekommen sind.

StR. Dreher: Ich darf eine Erklärung abgeben zu diesen Ausführungen: Es ist uns gleichgültig, wer dafür ist oder nicht. Wir wollten feststellen, wie die verschiedenen Herrn sich zu dieser Angelegenheit stellen. Der Gemeinderat wird noch in diesem Monat umgeformt, das dürfen Sie sicher sein. Was wir jetzt unternehmen, das machen wir ganz. Wir haben gelernt. (Zu Herrn Göhring:) Die Zeit Ihrer Herrlichkeit

Den 13. März 1933.

dürfte vorbei sein und für viele andere Herren auch.

Der Oberbürgermeister läßt nun über den Antrag "Neuwahlen der Gemeinderäte" in der üblichen Weise abstimmen. (Auf die Anträge "Herabsetzung des Gehalts des Oberbürgermeisters" und "Einsetzung eines Untersuchungsausschusses" kommt StR. Dreher nicht mehr zurück und fordert auch keine Abstimmung.)

Das Ergebnis der Abstimmung ist zweifelhaft, der Oberbürgermeister ordnet deshalb namentliche Abstimmung an. Es

stimmen mit Ja: die Stadträte Bantleon, Bauer, Binzinger, Bürgers, Daiber, Dreher, Girmond, Dr.Kirchgeorg, Lindauer, Mästling, Mall, Mann, Nies, Dr.Schmid, Ökonomierat Schmid, Schmidlin, Schneider, Scholl, Urban, Dr.Weiss, Weller, Wiedland, Wörner, mit Nein: StR. Bader, Göhring, Hefeke, Herrlinger, Pfuher, Ruess, Scheffler.-

Stimmenthaltung üben: StR.Häbe, Kühnert, Neher, Rapp, Ruedel, Dr.Sedlmayr, Spindler, Wiedemeier, Wiehl, Wizigmann.

Der Antrag ist also mit 23 gegen 17 Stimmen zum

Beschluß

erhoben.

Parteizugehörigkeit der Gemeinderäte (bis 31. März 1933)

NSDAP: Dreher, Wilh., Schlosser, M.d.R.; Binzinger, Chr., Geschäftsführer; Scholl, Wilh., Landwirt; Nies, Chr., Kolonialwarenhändler; Bauer, Karl, Packer; Dr. Weiss, Otto, Diplomb Kaufmann; Mall, Chr., Obersteuersekretär

DNVP: Wörner, Otto, Architekt; Schmidlin, Toni, "Fräulein"; Schmid, Hans, Landesökonomierat; Mästling, Ernst, Mechanikermeister; Weller, Friedr., Mineralwassergroßhändler; Dr. Kirchgeorg, Otto, Landgerichtsdirektor; Dr. Schmid, Hermann, Rechtsanwalt; Bürgers, Julius, Ingenieur

Zentrum: Häbe, Josef, Strafanstaltssekretär; Dr. Sedlmayr, Wilh., Verlagsdirektor; Ruedel, Michael, Landwirt in Söflingen; Rapp, Josef, Baumeister; Wiedemeier, Franz, Arbeitersekretär

und M.d.R.; Kühnert, Mathilde, Hausfrau; Spindler, Johs., Gewerkschaftssekretär; Wizigmann, Eugen, Rechtsanwalt; Neher, Heinrich, Korbmachermeister; Wiehl, Alois, Oberlehrer

Christlich Sozialer Volksdienst: Girmond, Hermann, Oberlehrer

Deutsche Volkspartei: Rossmann, Jakob, Diplom-Kaufmann

Deutsche Demokratische Partei: Bantleon, Heinrich, Kaufmann; Wieland, Max R., Kommerzienrat; Daiber, Karl, Architekt; Schneider, Robert, Spenglermeister; Lindauer, Wilhelm, Lokomotivführer; Mann, Siegfried, Rechtsanwalt; Urban, Jakob, Metzgermeister, ausgetreten, Erklärung vom 29.März 1933 (Niederschrift des GR. § 41)

SPD: Göhring, Friedrich, Schriftleiter; Wild, Heinrich, Lokomotivführer, ausgetreten, Erklärung v. 27.3.1933 (Niederschrift des GR. § 41); Hefele, Josef, Schuhmachermeister; Pfuher, Georg, Kassenbeamter, ausgetreten, Erklärung vom 26.März 1933 (Niederschrift des GR. § 41); Bader, Georg, Monteur; Herrlinger, Fr., Mittelschulrektor, ausgetreten, Erklärung vom 16.März 1933 (Niederschrift des GR. § 35); Ruess, Jakob, Geschäftsführer; Scheffler, Emil, Kassensekretär, ausgetreten, Erklärung vom 24.März 1933 (Niederschrift des GR. § 41)

KPD: Arnold, Hans, Lackierer; Siegwarth, Georg, Kraftfahrer, seit Febr.1932 in Untersuchungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat und daher gemäß Art. 276 Gem. Ordnung seines Dienstes vorläufig enthoben.

Material 3: Transkription der anonymen Anzeige an den Untersuchungsausschuss über Oberrechnungsrat Hieber (StA Ulm, B 008/2 Nr. 1)

An die verehrl[iche] NSDAP Ulm

Ich bring Euch keine Mähr

Doch gereicht es mir zur Ehr

Ein bekannter SPD-Prolet, welcher vor Jahren zum Vorstand des hiesigen Wohnungsamtes von seinen Prominenten gewählt wurde, hat rasch das hohe Roß zu reiten verstehen gewußt.

Er war so gewaltig, daß er sich eine Wohnung auf der oberen Bleiche durch Einbruch gesichert hat. U[nd] die schon längst darin wohnende Familie, nunmehrige Witwe mit Sohn (Rudhardt) in rücksichtsloser Weise so lange drangsalierte, bis ihr kein Ausweg mehr möglich war, als dem gewaltigen H. Platz zu machen.

Als nun sein Amt in Schwung kam, verdiente er, lebte besser, immer besser. Er bekam Privatbesuche u[nd] Liebenswürdigkeiten von suchenden Leuten, speziell von Frauen, die ihm, als er nun der Herr Oberrechnungsrat wurde, weitgehendste Komplimente machten.

Bei einem Geburtstag seiner Frau hat er sich dazu verstiegen, daß er nach fröhlichem Zechgelage in einer Wirtschaft die Musiker von dort noch nachts nach 1 Uhr mit nach Hause nahm u[nd] bis früh 4 Uhr weiter musizieren ließ. Das Gelage u[nd] die Sauferei waren dabei die Hauptsache ohne Rücksicht auf die Hausbewohner.

Die Stadt als Hausbesitzerin richtete ihm die Wohnung auf das Modernste z.B. Badezimmer, Gasöfen etc. ein.

H. kaufte sich neue Möbel, unter anderem auch ein Herrenzimmer mit Lederklubsessel etc. Als er nun das hinter sich hatte, äusserte sich H., daß ihm nicht mehr fehle als nur noch teure Ölgemälde u[nd] vielleicht träumt er auch schon von einer schönen Villa u[nd] von seinem glänzenden Ruhegehalt.

Als politischer Emporkömmling kostet dieser Herr den Ulmer Bürgern ein Heidengeld u[nd] wird es auch noch weiter kosten, wenn der Bürger u[nd] Arbeiter nicht herausfinden wird, daß es um sein eigenes Geld geht.

Zu einer Frau die er herumbringen wollte sagte er; er könne sich eine zweite Frau leisten; er habe ja 750 M[ark] Monatsgehalt.

Über Letzteres wird Ihnen die Frau des Herrn Augsten, Altertumsschreiner, mehr Aufschluß geben.

Meine heutige Nachricht bitte ich als Berichterstatter aufzunehmen u[nd] da ich nicht gerne genannt, auch nicht Zeuge sein will, so begrüße ich Sie mit einem „Heil Hitler“

[Nota]B[ene]. Ich appelliere an Sie daß m[eine] Zeilen nicht an die Behörden kommen mögen. Ich gab Ihnen einen Fingerzeig, die erwähnten Zeugen wissen mehr als ich im Vorgesagten.

Freundschaftlichen Parteigruß

Ulm. 9.3.32

15.
Der Herr von ... (S. S. A. P. Ullm.)

{ Ich bringe hier meine Maßen
soj gewiß ab mich zu sein.

Hier bekante SPJ ... (Text describing a meeting or event, mentioning names like 'Herr von ...' and 'Herr ...')

Es war so gesundlich, daß ... (Text describing a healthy state or a specific event, mentioning 'Herr ...' and 'Herr ...')

Als mein ... (Text describing a situation or event, mentioning 'Herr ...' and 'Herr ...')

Hier ... (Text describing a specific event or situation, mentioning 'Herr ...' and 'Herr ...')

Hier ... (Text describing a situation or event, mentioning 'Herr ...' and 'Herr ...')

Hier ... (Text describing a situation or event, mentioning 'Herr ...' and 'Herr ...')

Als wir mich das finter bei fatter äuffen da firt
H. daß ich nicht mehr fassen als mich noch
hinter Ögumältn n. willkürs bräunt nur
auch fofen von einem fofen Hilla n. von
meinem glänzenden firtgefalt. —

Als yalitiffen firtgefalt köpft firtgefalt
Lymor den Uman firtgefalt ein firtgefalt
n. nicht ab auch mich nicht firtgefalt, noch
den firtgefalt n. d. d. nicht mich firtgefalt
nicht, daß ab ein firtgefalt gut ab firtgefalt
galt.

Zu einem firtgefalt die ab firtgefalt
wollen firtgefalt ab; ab köpft firtgefalt
firtgefalt firtgefalt; ab firtgefalt 750. — U.
Monatsgefalt

Uman firtgefalt nicht firtgefalt die firtgefalt
das firtgefalt firtgefalt Uman firtgefalt
mich firtgefalt gult.

Uman firtgefalt firtgefalt nicht ich ab
firtgefalt firtgefalt, firtgefalt n. da ich
mich firtgefalt gult, auch mich firtgefalt
woll ich firtgefalt ich firtgefalt mit einem
"Heil Hitler"

B. H. firtgefalt an firtgefalt daß ich firtgefalt
mich an die firtgefalt firtgefalt mögen.
Ich gab firtgefalt einem firtgefalt, die
firtgefalt firtgefalt nicht mehr ab
ich ein firtgefalt.

firtgefalt firtgefalt firtgefalt

Uman
9. 3. 32.

Material 4: Protokoll des Untersuchungsausschusses zu Oberrechnungsrat Heinrich Meyer vom Personalamt (StA Ulm, B 008/2 Nr. 1).

Untersuchungsausschuss der
Stadtgemeinde U l m.

U l m, den 20. März 1933.

P r o t o k o l l .

Verhandlungsleiter ; Stadtrat S c h o l l
Schriftführer ; G r u p p .

Durch die vorangegangenen Verhandlungen ist dem Verhandlungsleiter S c h o l l klar geworden, dass die Personalsachbearbeitung durch Oberrechnungsrat M e y e r nicht einwandfrei geführt wurde. Er fragte den Oberrechnungsrat W i r s c h i n g was er von der Tätigkeit des Oberrechnungsrat M e y e r halte, worauf Oberrechn. Rat Wirsching folgendes zu Protokoll gibt:

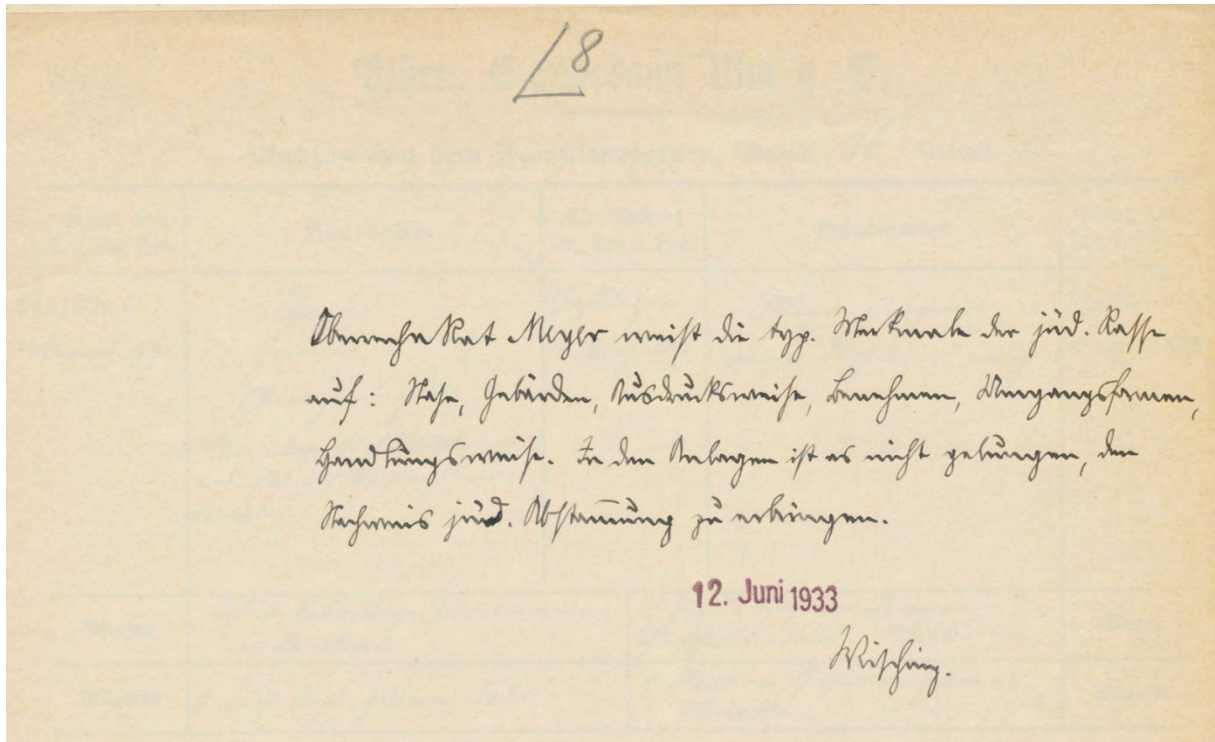
" In den vielen Jahren meiner Amtstätigkeit habe ich die restlose Ueberzeugung gewonnen , dass Oberrechnungsrat M e y e r eine nach meiner Auffassung unverantwortliche Tätigkeit als Sachbearbeiter des Personalreferenten ausübt."

v.g.u.

d. Wirsching

z.B.

Außer über seine Dienstführung zog der Untersuchungsausschuss auch Auskünfte über seine Abstammung ein. Da ihm keine jüdischen Vorfahren nachgewiesen werden konnten, stellte man ihn folgendes Zeugnis aus:



„Oberrechnungsrat Meyer weist die typ[ischen] Merkmale der jüd[ischen] Rasse auf: Nase, Gebärden, Ausdrucksweise, Benehmen, Umgangsformen, Handlungsweise. In den Anlagen ist es nicht gelungen, den Nachweis jüd[ischer] Abstammung zu erbringen.“

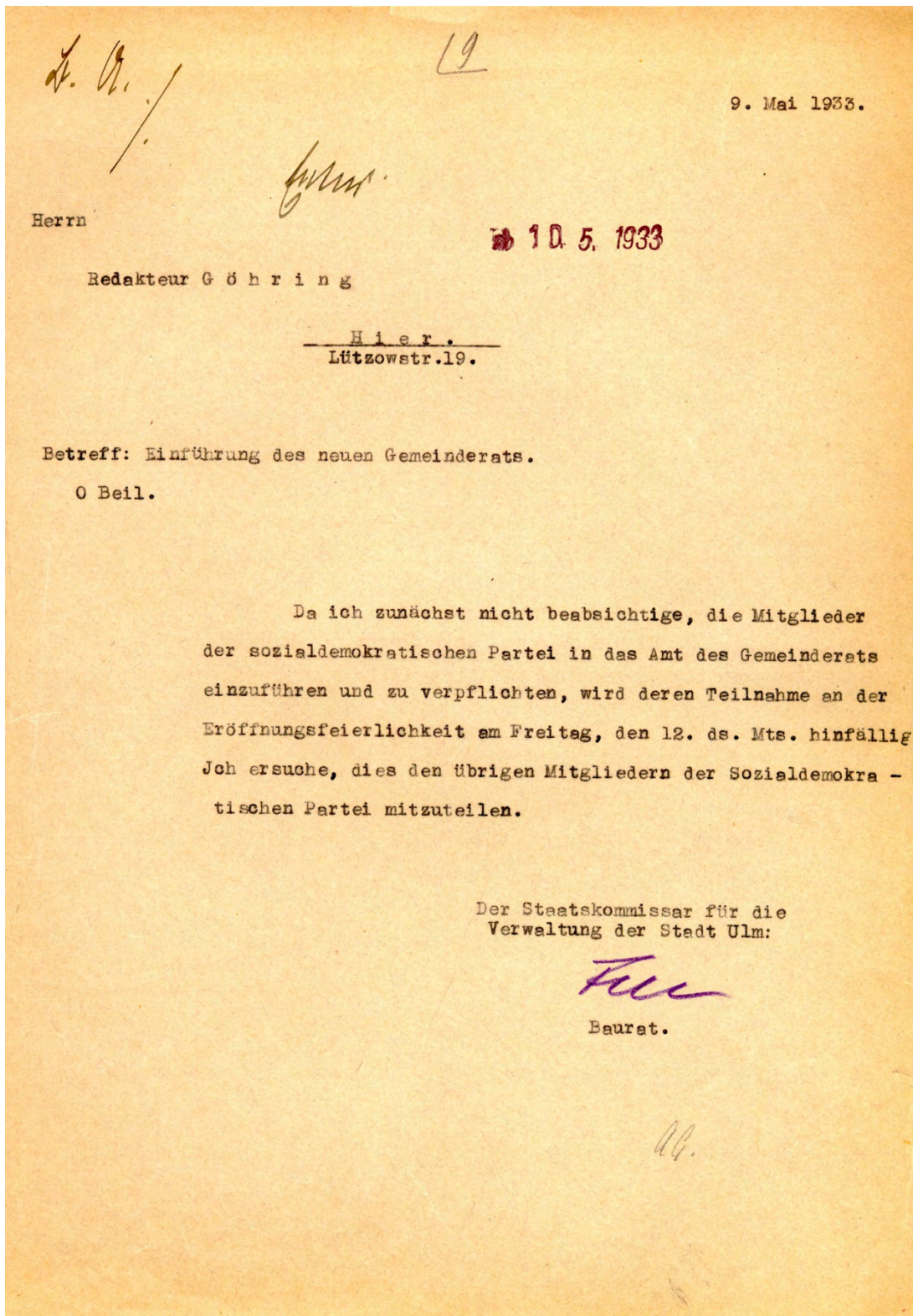
12. Juni 1933

Wirsching

(StA Ulm, B 008/2 Nr. 1)

Oberrechnungsrat Heinrich Meyer wurde am 27. März 1933 vom Personalamt zur Stadtpflege versetzt, am 7. April 1933 zwangsbeurlaubt und danach durch Verfügung des Staatskommissars Foerster vom 6. Juli 1933 zur Krankenhausverwaltung Ulm mit Dienstantritt am 10. August 1933 versetzt. Im November 1933 wurde er krank geschrieben und im März 1934 vorläufig zur Schlachthofkasse versetzt. Zum Dienstantritt bei der Stadt Ulm kam es nicht mehr, da Meyer zwischenzeitlich nach Stuttgart verzogen war, zum 16. Mai 1934 eine Beamtenstelle bei der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung in Stuttgart angenommen hatte und damit aus dem städtischen Dienst ausschied. (Angaben aus: StA Ulm, B 032/41/42 Personalakte Heinrich Meyer)

Material 5: Schreiben des Staatskommissars Foerster vom 9. Mai 1933
(StA Ulm, B 005/2 Nr. 8).



Material 6: Mandatsverzicht der sozialdemokratischen Gemeinderäte. Abschrift nach handschriftlichem Original (StA Ulm, B 005/2 Nr. 8).

Ulm, den 15. Mai 1933

Herrn

Staatskommissar für die

Verwaltung der Stadt Ulm

Hier

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung über die Gleichschaltung der Länder und Gemeinden sind die Unterzeichneten von der Sozialdemokratischen Partei als Mitglieder des Gemeinderats Ulm vorgeschlagen worden. Wir haben durch die Erklärung der Annahme des Mandats unseren Willen zum Ausdruck gebracht, auch unter den heutigen neuen Verhältnissen zum Wohl der Ulmer Bevölkerung und des gesamten deutschen Volkes mitzuarbeiten. Durch Schreiben vom 9. Mai haben Sie, Herr Staatskommissar, uns Ihre Absicht mitgeteilt, uns zunächst nicht in das Amt des Gemeinderats einzuführen und zu verpflichten. Wir sind Ihrem Wunsch entsprechend von der Eröffnungsfeierlichkeit ferngeblieben.

Mit Datum vom 13. Mai haben wir ein Schreiben des Herrn Staatskommissars bei der Polizeidirektion Ulm und Oberschwaben erhalten, in dem wir ersucht werden, zur Verhütung von Unruhen und Störungen der öffentlichen Ordnung unsere Gemeinderatsmandate freiwillig niederzulegen. Wir glauben zwar nicht, daß diese Aufforderung dem Sinn der oben erwähnten Verordnung zur Gleichschaltung der Gemeinden entspricht, wir glauben auch nicht, daß durch die Ausübung unserer Gemeinderatsmandate die öffentliche Ordnung gestört werden könnte; gleichwohl erklären wir hiermit, unsere Gemeinderatsmandate niederzulegen, da wir weit davon entfernt sind, Ursache zu Unruhen und Störung der öffentlichen Ordnung zu bilden.

Fr. Göhring Lützowstr. 19.

Jos. Hefele Sedanstr. 125.

Karl Weikert Böblingerstr. 2.

Anton Wagner Sterngasse 13.

Georg Bader Eythstraße 13.

Material 7: Feierliche Einführung des gleichgeschalteten Gemeinderats am 15. Mai 1933 vor dem Haupteingang des Ulmer Rathauses



Feierliche Einführung des gleichgeschalteten Gemeinderats am 15. Mai 1933 vor dem Haupteingang des Ulmer Rathauses (geplant war ursprünglich der 12. Mai), umrahmt von einem Festmarsch der SA, SS und des Stahlhelms sowie von Darbietungen der SA-Kapelle. Gleichzeitig fand auch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Hitler, Reichsstatthalter Murr und Polizeikommissar Dreher statt. Im Vordergrund rechts spricht Murr mit SA-Leuten. Links neben ihm steht, ebenfalls in SA-Uniform, Staatskommissar Foerster. Da bei der Verpflichtung der Gemeinderäte noch keine der NS-Ideologie entsprechende Eidesformel existierte, musste auf den Wortlaut der Weimarer Zeit zurückgegriffen werden, die die Gemeinderäte auf die Treue zur Landes- und Reichsverfassung von 1919 verpflichtete. Sich des Widerspruchs bewusst, stellte Dreher die Treue zum "Führer" dem Eid voran und kündigte für den Fall einer künftigen Regelung eine Neuverpflichtung an (StA Ulm, G 7/3.1 1933.5.15. Nr. 1).

Material 8: Einmarsch ins Stadion zur Amtseinführung von Foerster als Oberbürgermeister am Schwörmontag (14. August) 1933 (StA Ulm, Ulmer Tagblatt, G 5/52).



Foerster griff bei seiner feierlichen Amtseinführung den mittelalterlichen Brauch des Schwörmontags wieder auf, indem er ihn als Tag zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls und der „Volksgemeinschaft“ neu interpretierte.

Material 9: Jungvolk

DEUTSCHES JUNGVOLK
in der Hitlerjugend
Jungbann Ulm 1/120
Stamm Ulm-West IX

15
Ulm, den 23.X.35.

Anordnungen für die Fähnleinführer des Stammes.

- 1.) Die neuen Heimabendthemen, die nach restloser Behandlung der alten sofort in Angriff genommen werden, sind folgendé:

"Flink wie Windhunde, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl"

Ihr macht den Jungen Hitlers Forderungen an die deutsche Jugend klar u. lest am besten eine schneidige Jungengeschichte vor, in der die Jungen Anregung und Vorbilder sehen.

"Der 9. November"

Erzählt den Jungen von der durch Verrat gescheiterten Erhebung von 23. Nicht auf politische Einzelheiten eingehen, da die Jungen hier doch nicht mitkommen! (Bücher: "Der Junge von der Feldherrnhalle", bes.: "Hitler, eine deutsche Bewegung" Czech Jochberg)

"Die alte Reichsstadt Ulm"

In anschaulicher Weise (viele alte Bilder, ev. Modelle) erzählt ihr den Jungen Ulms Entstehung und die Höhepunkte seiner Geschichte! Vielleicht schliesst ihr einen Besuch im Museum an oder bastelt ein Modell der alten Stadt mit allen Toren und ehemaligen Befestigungen!

"Tiere"

Unsere Jungen kennen sich in der Natur vielfach noch sehr wenig aus. Erklärt ihnen einmal etwas aus dem Leben der Tiere (bes. Vögel, Bienen, Ameisen) Sehr gut sind für diesen Abend folgende Bücher: "Wenn die Natur ruft" Jack London, "Unter Tieren" Manfred Kyber, "Mit den Zugvögeln nach Afrika" Bengt Berg u.ä.

Geht mit den Jungen einmal zum Wildbeobachten und Spurensuchen!

- 2.) Am Freitag, den 25.X., findet in der Donaubastion die nächste Stammschulung statt. Antreten: 18.30h-Ende gegen 21h.
- 3.) Bis Donnerstag, den 24.X., erhalte ich saemtliche Schulungsberichthefté, ebenso die Dienstbücher von Fähnlein Totila und Teja!
- 4.) Die gesammelten Lumpen sind nun raschestens vollends zu verkaufen und die Heime wieder sauber in Stand zu setzen. In nächster Woche findet bestimmt die Heimkontrolle durch den Jungbannführer statt! Bis dahin muss auf jedem Heim eine Jungvolkfahne wehen!

Heil Hitler!

Der Führer des Stammes Ulm-West

Johann M. ...
Fähnleinführer

Anordnungen für die Gestaltung der Heimabende im Jungvolk (StA Ulm, H Lauser Nr. 27).

Fähnlein Totila 2/IX
Jungzug 4.

Ulm, 1.7.35.

Staatsjugendtag am 30.6.1935.

Vm. angetr.: 1/8
wegetr.: 1/1

Nm. angetr.: 1/4
wegetr.: 1/7

Das Fähnlein trat um 1/8 Uhr auf dem Münsterplatz an. Jungzug 4 trat in einer Stärke 1:32 an. Nach der Meldung marschierten die einzelnen Jungzüge ab. Wir, Jungzug 4, marschierten durch die Horst-Wesselstr. an der Post vorbei nach dem Eselsberg. Dort wurde zunächst bis 1/10 Jungenschaft Weise Dienst angeordnet. Jungenschaft 1 machte Ordnungsübungen, Jungenschaft 2 Tummspiele und Jungenschaft 3 Ordnungsübungen und Anschleichenübungen. Den Übungen voran ging der Uniformappel. Wir rückten dann zum Geländespiel ab. Der Plan war folgender:

Jungenschaft 2 hat ein Lager in dem Wald nördlich der Strasse bis z zum Exerzierplatz zu beziehen. Sie hat die Aufgabe drei ineinanderverknotete Halstücher offen in das Lager zu legen. Erst beim Durchbruch der Feinde darf einer die Tücher an sich nehmen und sie persönlich verteidigen. Außerdem hat jeder 2 Wollfaden. Wer beide verloren hat, scheidet aus dem Kampf aus.

Jungenschaft 1 und 3 haben die Aufgabe, das Lager zu finden, die Halstücher zu erobern und möglichst viel tot zu machen.

Nach ziemlich langen Suchen durch Patrouillen gelang es endlich das Lager zu entdecken, die Streifen zu sammeln und dann in einem konzentrischen Angriff vorzugehen. Die Jungenschaft zwei ging taktisch sehr gut vor, indem sie sich zunächst zu einem Block zusammenstellte, der sehr schwer zu durchbrechen war und so alle Angriffe beschäftigte. Durch das Ablenkungsmöve gelang es dann zwei Jungen unbemerkt durch unsere Reihen zu brechen und mit den Halstüchern zu entkommen. Dafür räumten wir aber unter der Lagermannschaft mehr als tüchtig auf, so dass der Kampf als unentschieden gelten konnte.

Anschliessend an das Geländespiel gingen wir in den Unterstand und besprachen Jungzugsangelegenheiten. Besonders Wagenbau, Staffellauf. Um 1/12 rückten wir dann ab. Trotzdem wir ermüdet war, hätte das marschieren besser gehen sollen. Wir machten deswegen am Blaubeurer Tor einmal halt und machten einige Übungen. Dabei wurde Hubert Mottay von Robert etwas hart angefasst, so dass er weinend ohne zu mir irgendwie etwas zu sagen nach Hause ging. Am Nachmittag kam dann seine Mutter zu Helmut und es gab eine Auseinandersetzung. Sie sagte zum Schluss dass sie bei Wiederholung eines solchen Falles sie Hubert aus dem Fähnlein, bzw. Jungzug herausnehmen würde, wogegen ich nichts einzuwenden hätte.

Am Nachmittag trat der Jungzug 1:21 zum Staffellauf auf dem Marktplatz an. Beim Lauf selbst klappte alles. Um 1/7 traten wir an der ev. Kirche weg.

m. d. F. b.

Geländespiel (StA Ulm, H Lauser Nr. 31).

Das Deutsche Jungvolk (Jungen von 10 bis 14 Jahren) gliederte sich in folgende Organisationseinheiten: Jungenschaft (15 Jungen „Pimpfe“), Jungzug (3 Jungenschaften), Fähnlein (3 Jungzüge), Stamm (4 Fähnlein), Jungbann 120 "Ulm" (6 Stämme)